

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Yvonne Ploetz, Matthias W. Birkwald, Heidrun Dittrich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 17/12360 –**

### **Ausgewählte Lebenslagen von Frauen in Deutschland**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Die Lebenslagen von Frauen in Deutschland haben sich in den letzten 20 Jahren stark verändert. Mit der Kleinen Anfrage sollen wesentliche Bereiche, die die sozialen und gesundheitlichen Lebenslagen von Frauen bestimmen, erfasst werden, um diese Entwicklung nachzuvollziehen. Die zentralen Veränderungen sollen so herausgestellt werden. Gleichzeitig geht es um mögliche regionale Unterschiede, die sich aus der Abfrage ergeben könnten.

Zentrale Lebenslagendimensionen sind vor allem Einkommen, Erwerbslage, Bildung, Wohnsituation, Gesundheit und soziale Einbindungen. Dementsprechend werden diese Bereiche abgefragt. Durch eine geschlechterspezifische Differenzierung der Abfrage soll der Blick für die frauenspezifischen Lebenslagen weiter vertieft werden. Zugleich geht es um die Abfrage von Entwicklungen in den letzten 20 Jahren, die Rückschlüsse auf Fortschritte und Trends erlauben. In deren Folge erschließen sich so weitere politische Handlungsfelder.

#### Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Lebenslagen von Frauen und Männern, wie auch ihre Beziehungen zueinander, sind in einem steten Wandlungsprozess begriffen. Als Bundesregierung wirken wir auf eine Gesellschaft der fairen Chancen für Frauen und Männer hin, um Frauen und Männern eine deutliche Erweiterung der Verwirklichungschancen ihrer persönlichen Lebensentwürfe im Lebensverlauf zu ermöglichen.

Die genannten Prozesse vollziehen sich regional in unterschiedlicher Intensität und Geschwindigkeit. Dies dokumentiert beispielhaft der 2. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, den das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Januar 2013 in Kooperation mit der Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder (GFMK) veröffentlicht hat.

Der 2. Atlas zur Gleichstellung macht anhand von insgesamt 36 verschiedenen Indikatoren Unterschiede zwischen Bundesländern und Kreisen deutlich und weist auch Dynamiken der Entwicklung von Chancengerechtigkeit aus. Der Atlas zur Gleichstellung, dessen künftige Fortschreibung die GFMK bereits beschlossen hat, zeichnet durch Indikatoren gestützt die Lebenswirklichkeiten der Frauen und Männer regional differenzierend nach und bietet damit eine wichtige Entscheidungsgrundlage für die Trägerinnen und Träger politischer Verantwortung.

#### Demographische Faktoren

1. Wie hoch war in den Jahren 1990, 2000 und 2010 der Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung in Deutschland (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Der Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung 1990, 2000 und 2010 nach Bundesländern kann Anlage 1<sup>1</sup> im Anhang entnommen werden.

2. Welche konkreten Ursachen sieht die Bundesregierung für eingetretene Veränderungen des Frauenanteils in Deutschland?

Der Frauenanteil an der Bevölkerung in Deutschland ist von 1990 bis 2010 von 51,7 Prozent geringfügig auf 50,9 Prozent gesunken. Der Grund dafür liegt in den veränderten Geschlechterproportionen im höheren Lebensalter. Im Jahr 1990 bestanden in den höheren Altersjahren beginnend mit dem 65. Lebensjahr erhebliche Frauenüberschüsse. Diese waren vor allem auf die hohe Anzahl der im Zweiten Weltkrieg gefallenen Männer in diesen Altersgruppen zurückzuführen. Im Jahr 1990 betrug der Frauenanteil unter den 65-Jährigen 59,1 Prozent, unter den 80-Jährigen waren es sogar 69,7 Prozent.

2010 hatten sich die Anteile auf 51,7 bzw. 59,7 Prozent reduziert. Für die 65-Jährigen ist damit bereits eine ‚normale‘ Geschlechterproportion festzustellen, während in den höheren vom Krieg betroffenen Altersjahren die Disproportionen noch erhalten sind. In dem Maße, wie sich in zukünftigen Generationen dieser hohe Frauenüberschuss verringert, wird der Frauenanteil an der Bevölkerung weiter sinken.

Frauen- und Männeranteile in der Bevölkerung ab 65 Jahren, 1990 und 2010, in Prozent

Alter	1990		2010	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
65	40,9	59,1	48,3	51,7
70	35,8	64,2	47,1	52,9
75	33,4	66,6	44,6	55,4
80	30,3	69,7	40,3	59,7
85	28,5	71,5	30,9	69,1
90	23,8	76,2	24,1	75,9
95+	17,9	82,1	30,2	69,8

Quelle: Statistisches Bundesamt

<sup>1</sup> Von einer Drucklegung der Anlage 1 wurde abgesehen. Diese ist als Anlage auf Bundestagsdrucksache 17/12645 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Andere Ursachen wie eine Veränderung bei der Geschlechterstruktur der Lebenserwartung, eine erhöhte Männerzuwanderung bzw. erhöhten Frauenabwanderung oder disproportionale Trends in der Sterblichkeitsentwicklung können ausgeschlossen werden.

3. Wie hoch war in den Jahren 1990, 2000 und 2010 die Lebenserwartung bei Frauen in Deutschland?

Wie hoch wird sie für Frauen voraussichtlich in den Jahren 2020 und 2030 sein (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Die durchschnittliche Lebenserwartung wird anhand der Sterbetafeln berechnet, die jeweils einen Zeitraum von drei Jahren berücksichtigt. Für das Jahr 1990 liegen keine entsprechenden Daten vor, deshalb werden in der Tabelle die Daten für die Jahre 1993 bis 1995 angegeben. Für die Jahre 1999 bis 2001 liegen nicht für alle Bundesländer Daten vor.

Durchschnittliche Lebenserwartung von Frauen nach Bundesländern, 1993/1995, 1999/2001 und 2009/2011

Bundesland	1993/1995		1999/2001		2009/2011	
	0 Jahre	60 Jahre	0 Jahre	60 Jahre	0 Jahre	60 Jahre
Baden-Württemberg	80,86	23,39	81,9	24,3	83,64	25,61
Bayern	80	22,82			83,14	25,2
Berlin	78,57	21,83	80,83	23,55	82,55	24,78
Brandenburg	78,01	21,33	80,4	23,05	82,44	24,6
Bremen	79,24	22,82	80,9	24,1	82,05	24,76
Hamburg	79,61	22,92			82,46	24,93
Hessen	79,9	22,82	81,31	23,92	82,9	25,09
Mecklenburg-Vorpommern	77,58	21,14	80,12	22,92	82,31	24,56
Niedersachsen	79,77	22,79			82,41	24,85
Nordrhein-Westfalen	79,46	22,46			82,20	24,64
Rheinland-Pfalz	79,81	22,86	81,07	23,71	82,42	24,68
Saarland	78,75	21,89			81,71	24,26
Sachsen	78,65	21,78	80,97	23,42	83,24	25,22
Sachsen-Anhalt	77,71	21,12	80,11	22,83	81,86	24,18
Schleswig-Holstein	79,67	22,61			82,26	24,68
Thüringen	78,02	21,13	80,47	22,93	82,33	24,47
Deutschland gesamt	79,49	22,49	81,07	23,72	82,73	24,96

Quelle: Statistisches Bundesamt

Durchschnittliche Lebenserwartung neugeborener Mädchen in Jahren,  
2020 und 2030

Jahr	Basisannahme der Lebenserwartung L1	Annahme mit hohem Anstieg L2
2020	84,3	84,9
2030	82,3	86,7

Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Grundlage der Basisannahme L1 bildet die Kombination aus der kurzfristigen Trendentwicklung seit 1970 und der langfristigen Trendentwicklung seit 1871.

Die hohe Lebenserwartungsannahme L2 basiert auf der Trendentwicklung seit 1970. Voraussetzung ist, dass sich die Verbesserung der medizinischen Versorgung und damit die Verminderung des Sterberisikos in den höheren Altersstufen ähnlich wie in den letzten 35 Jahren bis zum Jahr 2060 fortsetzen werden.

Beide Annahmen wurden durch Trendextrapolation gewonnen.

Berechnungen der voraussichtlichen Lebenserwartung von Frauen 2020 und 2030 für die einzelnen Bundesländer liegen der Bundesregierung nicht vor.

4. Wie hoch war in den Jahren 1990, 2000 und 2010 das Durchschnittsalter bei Frauen in Deutschland?  
Wie hoch wird es bei Frauen voraussichtlich in den Jahren 2020 und 2030 sein (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Das Durchschnittsalter von Frauen nach Bundesländern in den Jahren 1990, 2000 und 2010 kann Anlage 2<sup>2</sup> im Anhang entnommen werden.

Prognosedaten zum Durchschnittsalter von Frauen für die Jahre 2020 und 2030 liegen der Bundesregierung nicht vor.

5. Wie viele Frauen sind seit 1990 aus Deutschland abgewandert?  
Wie viele Frauen sind seit 1990 nach Deutschland zugewandert (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

<sup>2</sup> Von einer Drucklegung der Anlage 2 wurde abgesehen. Diese ist als Anlage auf Bundestagsdrucksache 17/12645 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

## Zu- und Abwanderung von Frauen nach und aus Deutschland zwischen 1991 und 2011 nach Bundesländern

Bundesland	Abwanderung	Zuwanderung
Baden-Württemberg	1.019.431	1.311.537
Bayern	927.852	1.169.852
Berlin	323.142	432.199
Brandenburg	75.303	138.467
Bremen	46.001	64.286
Hamburg	144.487	185.711
Hessen	517.074	633.674
Mecklenburg-Vorpommern	32.088	48.114
Niedersachsen	457.928	1.055.105
Nordrhein-Westfalen	967.749	133.7006
Rheinland-Pfalz	238.426	313.014
Saarland	58.622	73.036
Sachsen	84.186	140.454
Sachsen-Anhalt	44.293	75.801
Schleswig-Holstein	114.945	238.507
Thüringen	39.694	69.696
Deutschland gesamt	5.091.221	7.286.459

Quelle: Statistisches Bundesamt

Für das Jahr 1990 liegen der Bundesregierung keine Daten zur grenzüberschreitenden Wanderung vor.

6. In welchen Jahren seit 1990 hatte Deutschland einen positiven Wanderungssaldo bei Frauen (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Für das Jahr 1990 liegen der Bundesregierung keine entsprechenden Angaben vor.

Die Wanderungssalden bei Frauen für die Jahre 1992 bis 2011 können Anlage 3<sup>3</sup> im Anhang entnommen werden.

7. Was hat die Bundesregierung in der Vergangenheit unternommen, um insbesondere der Abwanderung junger Frauen aus Deutschland entgegenzuwirken?

Das Auswandererschutzgesetz (AuswSG) soll verhindern, dass für Auswanderung geworben wird oder unqualifizierte Beratung angeboten wird. Qualifizierte Beratung soll vor übereilten Auswanderungsentscheidungen schützen, indem sie Informationen über das Zielland bereithält und auf besondere Situationen gerade auch für Frauen hinweist. Grundsätzlich kann die Beratung aber angesichts der in unserer Gesellschaft gewünschten Mobilität nicht anders als ergebnisoffen sein.

<sup>3</sup> Von einer Drucklegung der Anlage 3 wurde abgesehen. Diese ist als Anlage auf Bundestagsdrucksache 17/12645 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist eine der Grundfreiheiten der Europäischen Union. Wanderungen sind ein gewünschter Prozess im Rahmen des europäischen Zusammenwachsens und Ausdruck vielfältiger individueller Motivationen. Die Auswanderungsstatistik erhebt deshalb keine Auswanderungsgründe, sondern nur die Zahlen der Auswandernden und Rückkehrenden, getrennt nach Männern und Frauen.

Bei genauerer Betrachtung der Wanderungsbewegungen zeigt sich, dass Abwanderung auch von jungen Frauen nicht immer auf Dauer erfolgt. Eine Rückkehr der Betroffenen kann auf Grund des im Ausland erworbenen Wissens zu einer Steigerung der beruflichen und sozialen Chancen in Deutschland beitragen.

#### Besondere Lebenslagen

8. Wie viele Frauen waren in den Jahren 1990, 2000 und 2010 mit welchem festgestellten Grad der Behinderung behindert?

Die Erhebung der Statistik der schwerbehinderten Menschen erfolgt seit 1985 alle zwei Jahre. Für die Jahre 1990, 2000 und 2010 stehen daher keine Daten zur Verfügung. Für die Jahre 1991, 2001 und 2011 liegen die folgenden Daten vor.

Anzahl der schwerbehinderten Frauen nach Grad der Behinderung, 1991, 2001 und 2011

Grad der Behinderung	1991	2001	2011
50	581.784	878.609	1.082.654
60	383.043	505.812	579.836
70	303.427	370.155	400.015
80	416.372	415.573	430.546
90	160.348	177.168	188.972
100	625.114	834.462	873.237
insgesamt	2.470.088	3.181.779	3.555.260

Quelle: Statistisches Bundesamt

9. Wie hoch war in den Jahren 1990, 2000 und 2010 der Anteil von Frauen an den in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Für die Jahre 1990 und 2000 liegen zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland keine Daten vor, da diese erst seit 2005 im Mikrozensus erhoben werden.

Da die Zahlen für die neuen Bundesländer statistisch gesehen gering sind, dürfen sie nach dem Statistikgesetz und aus datenschutzrechtlichen Gründen nur für das Gebiet der neuen Bundesländer gesamt ausgewiesen werden.

Anteil von Frauen an den in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund nach Bundesländern, 2010

Bundesland	Bevölkerung mit Migrationsstatus in Tausend	Frauen mit Migrationsstatus in Tausend	Anteil Frauen an Bevölkerung mit Migrationsstatus in%
Baden-Württemberg	2.820	1.412	50,1
Bayern	2.426	1.219	50,2
Berlin	837	405	48,4
Bremen	184	89	48,4
Hamburg	487	238	48,9
Hessen	1.514	764	50,5
Niedersachsen	1.335	660	49,4
Nordrhein-Westfalen	4.272	2.124	49,7
Rheinland-Pfalz	747	368	49,3
Saarland	177	91	51,4
Schleswig-Holstein	357	181	50,7
Neue Bundesländer	590	274	46,4
Deutschland gesamt	15.746	7.825	49,7

Quelle: Statistisches Bundesamt

10. Wie hoch war in den Jahren 1990, 2000 und 2010 der Anteil von Frauen mit Kindern (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Daten für die neuen Bundesländer liegen erst seit 1991 vor.

Der Anteil von Frauen mit Kindern in den Jahren 1991, 2000 und 2010 kann Anlage 4<sup>4</sup> im Anhang entnommen werden.

11. Wie hoch war in den Jahren 1990, 2000 und 2010 der jeweilige Anteil von ledigen, verheirateten und verwitweten Frauen (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Für 1990 liegen der Bundesregierung keine Angaben nach Familienstand nach Bundesländern, sondern nur für das frühere Bundesgebiet und die neuen Bundesländer (mit Berlin Ost) vor.

Der Anteil lediger, verheirateter und verwitweter Frauen an allen Frauen für die Jahre 1990, 2000 und 2010 kann Anlage 5<sup>5</sup> im Anhang entnommen werden.

12. Welchen Anteil hatten in den Jahren 1990, 2000 und 2010 alleinerziehende Frauen an der Gesamtzahl der Frauen mit Kindern unter 15 Jahren (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

<sup>4</sup> Von einer Drucklegung der Anlage 4 wurde abgesehen. Diese ist als Anlage auf Bundestagsdrucksache 17/12645 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

<sup>5</sup> Von einer Drucklegung der Anlage 5 wurde abgesehen. Diese ist als Anlage auf Bundestagsdrucksache 17/12645 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Der Anteil an alleinerziehenden Frauen mit Kindern an der Gesamtzahl der Frauen mit Kindern unter 15 Jahren 1991, 2000 und 2010 kann Anlage 6<sup>6</sup> im Anhang entnommen werden.

#### Ausbildung und Arbeit

13. Wie viele Frauen waren in den Jahren 1990, 2000 und 2010 in Deutschland erwerbstätig, und wie hoch war in diesen Jahren die Erwerbstätigenquote (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Im Jahr 2010 waren nach Angaben des Statistischen Bundesamtes insgesamt rund 17,6 Millionen Frauen erwerbstätig. Die Erwerbstätigenquote lag bei 66 Prozent, 9 Prozentpunkte mehr als noch 1991.

Nach Bundesländern differenzierte Angaben für die Jahre 1991, 2000 und 2010 können Anlage 7<sup>7</sup> im Anhang entnommen werden.

14. Wie viele Frauen gingen in den Jahren 1990, 2000 und 2010 einer selbständigen Tätigkeit nach, und wie hoch war dieser Anteil an der Gesamtheit der Selbständigen (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Im Jahr 2010 gab es insgesamt knapp 4,3 Millionen Selbständige. Davon waren etwa 1,3 Millionen bzw. 31,5 Prozent weiblich.

Nach Bundesländern differenzierte Angaben für die Jahre 1991, 2000 und 2010 können Anlage 8<sup>8</sup> im Anhang entnommen werden.

15. Wie viele Frauen übten in den Jahren 1990, 2000 und 2010 eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit aus (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Die Auswertung der Statistik der Bundesagentur für Arbeit nach den gewünschten Differenzierungen ist in der für die Beantwortung Kleiner Anfragen vorgesehenen Frist nicht möglich.

Die gewünschten Daten können aber im Einzelnen dem Internetangebot der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (<http://statistik.arbeitsagentur.de>) unter der Rubrik „Statistik nach Themen“ → „Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung“ den Statistikprodukten „nach ausgewählten Merkmalen (Zeitreihe 1974 bis 1998) – Deutschland, Länder“ und „nach ausgewählten Merkmalen (Zeitreihe) – Deutschland, Länder“ entnommen werden.

16. Wie viele Frauen in sozialversicherungspflichtiger Tätigkeit waren in den Jahren 2000, 2005 und 2010 in Teilzeit beschäftigt, und wie hoch war dabei die durchschnittliche wöchentliche Stundenzahl (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren 2010 knapp 5 Millionen Frauen in einer Teilzeittätigkeit sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die mittlere normalerweise geleistete wöchentliche Arbeitszeit von sozialversiche-

<sup>6</sup> Von einer Drucklegung der Anlage 6 wurde abgesehen. Diese ist als Anlage auf Bundestagsdrucksache 17/12645 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

<sup>7</sup> Von einer Drucklegung der Anlage 7 wurde abgesehen. Diese ist als Anlage auf Bundestagsdrucksache 17/12645 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

<sup>8</sup> Von einer Drucklegung der Anlage 8 wurde abgesehen. Diese ist als Anlage auf Bundestagsdrucksache 17/12645 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.



zungspflichtig beschäftigten Frauen in Teilzeit betrug im Jahr 2010 21,9 Stunden.

Nach Bundesländern differenzierte Angaben für die Jahre 2000, 2005 und 2010 können den folgenden Tabellen entnommen werden.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte\* Frauen in Teilzeittätigkeit nach Bundesländern, 2000, 2005 und 2010, in 1000

Bundesland	2000	2005	2010
Baden-Württemberg	536	598	724
Bayern	619	681	840
Berlin	133	147	170
Brandenburg	87	105	129
Bremen	32	35	44
Hamburg	78	78	96
Hessen	319	303	386
Mecklenburg-Vorpommern	51	71	89
Niedersachsen	377	421	522
Nordrhein-Westfalen	750	844	1.009
Rheinland-Pfalz	213	228	270
Saarland	51	49	64
Sachsen	152	176	210
Sachsen-Anhalt	84	98	121
Schleswig-Holstein	150	155	190
Thüringen	90	97	115
ehemaliges Bundesgebiet (ohne Berlin)	3.123	3.391	4.145
Neue Länder (mit Berlin)	597	694	833
Gesamt	3.720	4.085	4.979

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus

Personen am Hauptwohnsitz im Alter von 15 Jahren und älter

2000: Ergebnis bezogen auf die Berichtswoche vom 8. bis 14. Mai 2000; 2005 und 2010: Jahresdurchschnittsergebnis, geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren

\* Näherungsweise Abgrenzung auf Basis des Mikrozensus: Abhängig Beschäftigte ohne geringfügig Beschäftigte sowie Soldatinnen/Soldaten, Beamtinnen/Beamte, Grundwehr- und Zivildienstleistende

Mittlere normalerweise geleistete wöchentliche Arbeitszeit\* von sozialversicherungspflichtig beschäftigten\* Frauen in Teilzeit nach Bundesländern, 2000, 2005 und 2010, in Stunden

Bundesland	2000	2005	2010
Baden-Württemberg	20,5	20,7	20,7
Bayern	21,1	20,8	21,2
Berlin	23,3	23,0	23,1
Brandenburg	25,3	24,9	25,5
Bremen	21,4	20,4	21,8
Hamburg	21,2	22,1	22,2
Hessen	21,2	21,3	22,0
Mecklenburg-Vorpommern	25,7	25,1	25,6
Niedersachsen	21,9	21,0	21,5
Nordrhein-Westfalen	21,5	21,6	21,6
Rheinland-Pfalz	21,3	20,9	20,8
Saarland	20,8	21,3	21,4
Sachsen	25,1	25,7	24,8
Sachsen-Anhalt	25,4	25,4	25,6
Schleswig-Holstein	21,4	21,5	22,0
Thüringen	24,9	24,6	25,4
ehemaliges Bundesgebiet (ohne Berlin)	21,0	21,1	21,9
Neue Länder (mit Berlin)	24,8	24,8	24,9
Gesamt	21,6	21,7	21,9

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus

Bevölkerung am Hauptwohnsitz im Alter von 15 Jahren und älter

2000: Ergebnis bezogen auf die Berichtswoche vom 8. bis 14. Mai 2000; 2005 und 2010: Jahresdurchschnittsergebnis, geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren

\* Näherungsweise Abgrenzung auf Basis des Mikrozensus: Abhängig Beschäftigte ohne geringfügig Beschäftigte sowie Soldatinnen/Soldaten, Beamtinnen/Beamte, Grundwehr- und Zivildienstleistende

17. Wie viele Frauen waren in den Jahren 2000, 2005 und 2010 bei Leiharbeitsunternehmen beschäftigt (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Angaben für Gesamtdeutschland können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Eine Differenzierung der Ergebnisse nach Bundesländern liegt ab 2007 vor, siehe darauffolgende Tabelle.

Bestand an Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern,  
Jahresdurchschnitte 2000, 2005 und 2010

	2000	2005	2010
Frauen	75.826	110.345	223.778
Männer	252.185	333.604	551.926
insgesamt	328.011	443.949	775.703*

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

\* Abweichung ist rundungsbedingt.

Bestand an Leiharbeiterinnen nach Bundesländern,  
2007, 2008, 2009 und 2010

Bundesland	2007	2008	2009	2010
Schleswig-Holstein	3.000	3.202	3.384	3.975
Hamburg	7.314	7.881	7.716	8.763
Niedersachsen	14.532	19.012	17.361	19.933
Bremen	3.185	2.971	2.933	3.097
Nordrhein-Westfalen	39.462	43.510	40.042	47.454
Hessen	13.992	15.877	17.302	19.045
Rheinland-Pfalz	6.034	6.581	6.128	7.996
Baden-Württemberg	27.110	29.421	22.534	28.970
Bayern	34.693	36.708	30.306	37.172
Saarland	2.216	2.147	1.700	2.194
Berlin	8.662	9.095	8.787	10.328
Brandenburg	2.411	2.776	2.730	3.225
Mecklenburg-Vorpommern	1.992	1.920	1.940	2.205
Sachsen	9.440	10.723	11.743	14.523
Sachsen-Anhalt	4.602	5.294	4.945	5.386
Thüringen	6.381	6.823	6.097	8.158
Deutschland*	186.497	204.711	186.609	223.778

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

\* darunter regional nicht zuordenbare Fälle

18. Wie viele Frauen in sozialversicherungspflichtiger Tätigkeit hatten in diesen Jahren lediglich einen befristeten Arbeitsvertrag (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Anzahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten\* Frauen in befristeter Tätigkeit nach Bundesländern, 2000, 2005 und 2010, in 1000

Bundesland	sozialversicherungspflichtig Beschäftigte inklusive Auszubildende			sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Auszubildende		
	2000	2005	2010	2000	2005	2010
Baden-Württemberg	212	238	287	178	205	253
Bayern	223	239	285	194	206	247
Berlin	85	90	96	74	81	88
Brandenburg	76	71	65	67	59	60
Bremen	16	13	18	14	12	16
Hamburg	38	44	51	34	40	46
Hessen	104	117	147	93	103	132
Mecklenburg-Vorpommern	71	55	55	59	48	47
Niedersachsen	135	151	192	115	130	168
Nordrhein-Westfalen	304	338	399	256	294	346
Rheinland-Pfalz	76	82	91	65	73	78
Saarland	22	21	24	18	17	20
Sachsen	138	113	114	117	95	103
Sachsen-Anhalt	80	61	60	66	48	51
Schleswig-Holstein	52	57	70	44	49	61
Thüringen	82	60	59	70	51	52
ehemaliges Bundesgebiet (ohne Berlin)	1.181	1.299	1.564	1.011	1.178	1.366
Neue Länder (mit Berlin)	531	449	449	453	332	401
Gesamt	1.712	1.748	2.012	1.464	1.510	1.767

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus

Bevölkerung am Hauptwohnsitz im Alter von 15 Jahren und älter, mit und ohne Auszubildende

2000: Ergebnis bezogen auf die Berichtswoche vom 8. bis 14. Mai 2000; 2005 und 2010: Jahresdurchschnittsergebnis, geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren

\* Näherungsweise Abgrenzung auf Basis des Mikrozensus: Abhängig Beschäftigte ohne geringfügig Beschäftigte sowie Soldatinnen/Soldaten, Beamtinnen/Beamte, Grundwehr- und Zivildienstleistende

19. Wie viele Frauen hatten in den Jahren 2000, 2005 und 2010 lediglich einen so genannten Minijob, und für wie viele davon war dies die einzige Einkommensquelle (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Die Frage wird auf Beschäftigte bezogen, die allein über Erwerbseinkommen aus einem so genannten Minijob verfügen. Nach Angaben der Statistik der Bundesagentur für Arbeit gab es im Juni 2010 bundesweit etwa 3 260 000 ausschließlich geringfügig entlohnt beschäftigte Frauen, rund 73 000 oder 2 Prozent mehr als im Juni 2005 und 387 000 oder 13 Prozent mehr als im Juni 2000. Nach Bundesländern differenzierte Angaben sind in Anlage 9<sup>9</sup> im Anhang wiedergegeben.

<sup>9</sup> Von einer Drucklegung der Anlage 9 wurde abgesehen. Diese ist als Anlage auf Bundestagsdrucksache 17/12645 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

20. Wie viele Frauen waren in den Jahren 1990, 2000 und 2010 als arbeitssuchend gemeldet (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Die Angaben können Anlage 10<sup>10</sup> im Anhang entnommen werden.

Im Jahresdurchschnitt 2010 gab es bundesweit etwa 2,67 Millionen arbeitssuchende Frauen, im Vergleich zu rund 2,33 Millionen im Jahresdurchschnitt 2000. Dabei war jedoch die Zahl der arbeitslos arbeitssuchenden Frauen deutlich abnehmend.

21. Wie viele Frauen mit anerkannter Schwerbehinderung waren in den Jahren 2000, 2005 und 2010 in Deutschland erwerbstätig, und wie hoch war in diesen Jahren ihre Erwerbslosenquote (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Beim Statistischen Bundesamt liegen auf Basis des Mikrozensus Berichte für Gesamtdeutschland über die amtlich anerkannten behinderten Menschen für die Jahre 1999, 2003, 2005 und 2009 vor. Diese können im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes abgerufen werden.

- 1999:  
[www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Sozialleistungen/Lebenslagenbehinderte99.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Sozialleistungen/Lebenslagenbehinderte99.pdf?__blob=publicationFile)
- 2003:  
[www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Sozialleistungen/Lebenslagenbehinderte03.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Sozialleistungen/Lebenslagenbehinderte03.pdf?__blob=publicationFile)
- 2005:  
[www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Sozialleistungen/Lebenslagenbehinderte05.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Sozialleistungen/Lebenslagenbehinderte05.pdf?__blob=publicationFile)
- 2009:  
[www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Sozialleistungen/Lebenslagenbehinderte032012.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Sozialleistungen/Lebenslagenbehinderte032012.pdf?__blob=publicationFile)

Angaben über die behinderten Menschen und deren Erwerbstätigkeit bzw. Erwerbslosigkeit sind dabei in den Tabellen 5 und 6 der Berichte zu finden.

Das Merkmal der amtlich anerkannten Behinderung wird im Mikrozensus in der Regel alle vier Jahre bei freiwilliger Auskunftserteilung erhoben. Im Einklang mit dem Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wurden im Mikrozensus 2005 die nicht sofort verfügbaren Arbeitssuchenden von den Erwerbslosen zu den Nichterwerbspersonen umgesetzt. Die Ergebnisse der Vorjahre zur Erwerbsquote und Erwerbslosigkeit der Behinderten sind daher nur eingeschränkt mit den Daten ab 2005 vergleichbar.

22. Wie hoch ist der jeweilige Anteil von Frauen mit anerkannter Schwerbehinderung in den Jahren 1990, 2000 und 2010 an den selbstständig tätigen Frauen, an den sozialversicherungspflichtig, an den in Teilzeit, an den in Leiharbeit, an den mit befristeten Arbeitsvertrag und an den in einem Minijob beschäftigten Frauen?

Auf Basis der Statistik der Bundesagentur für Arbeit zu „Schwerbehinderten Menschen in Beschäftigung (Anzeigeverfahren SGB IX)“ lässt sich feststellen, dass im Jahresdurchschnitt 2010 etwa 391 000 schwerbehinderte Frauen (einschl. Gleichgestellte) bei Arbeitgebern mit 20 und mehr Arbeitsplätzen beschäftigt waren. Diese Beschäftigung bezieht sich sowohl auf sozialversicherungspflichtig Beschäftigte als auch Beamtinnen.

<sup>10</sup> Von einer Drucklegung der Anlage 10 wurde abgesehen. Diese ist als Anlage auf Bundestagsdrucksache 17/12645 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Bei Arbeitgebern mit weniger als 20 Arbeitsplätzen betrug laut einer Teilerhebung 2010 die Beschäftigung schwerbehinderter Frauen (einschl. Gleichgestellte) 65 000. Die gewünschten Anteilsbildungen sind auf Basis der Statistiken der Bundesagentur für Arbeit nicht möglich.

Für die Jahre 1990 und 2000 liegen keine Angaben vor.

Darüber hinaus gibt es in den in der Antwort zu Frage 21 genannten Berichten Informationen zum Anteil der Selbständigen bei der Gruppe der Behinderten und Nichtbehinderten (Tabelle 5).

23. Wie hoch war in den Jahren 1990, 2000 und 2010 der jeweilige Anteil von Frauen mit Abitur, Realschul- und Hauptschulabschluss an der Gesamtheit der Frauen im Erwerbsalter (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
24. Wie hoch war in den Jahren 1990, 2000 und 2010 der jeweilige Anteil von Frauen ohne Schulabschluss an der Gesamtheit der Frauen im Erwerbsalter (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Die Fragen 23 und 24 werden zusammen beantwortet.

Die Angaben können Anlage 11<sup>11</sup> im Anhang entnommen werden.

Bei der Bewertung der genannten Zahlen zum Bildungsabschluss ist zu beachten, dass diese aus dem Mikrozensus stammen und auf freiwilligen Angaben beruhen. Als Personen im Erwerbsalter betrachtet der Mikrozensus Personen im Alter von 15 bis 65 Jahren. Eine Aufschlüsselung nach Bundesländern sowie nach Geschlecht liegt für das Jahr 1990 nicht vor. Deshalb führt der Anhang zu den Fragen 23 und 24 lediglich Daten für die beiden Jahre 2000 und 2010 auf.

In der Dekade zwischen 2000 und 2010 hat sich das Qualifikationsniveau der Frauen in Deutschland deutlich erhöht: So ist der Anteil der Frauen mit Fachhochschul- bzw. Allgemeiner Hochschulreife in diesem Zeitraum von 19,8 Prozent auf 29,1 Prozent gestiegen.

Der Anteil der Frauen mit Realschulabschluss hat sich von 23,2 Prozent auf 27,4 Prozent erhöht. Deutlich rückläufig ist dagegen der Anteil der Frauen mit Hauptschulabschluss (von 38,3 Prozent auf 25,4 Prozent). Der Anteil der Frauen ohne Schulabschluss hat sich im gleichen Zeitraum von 2,8 Prozent auf 3,5 Prozent erhöht.

25. Wie hoch war in den Jahren 1990, 2000 und 2010 der jeweilige Anteil von Frauen mit Hochschul-, Fachhochschul-, Fachschul- und Facharbeiterabschluss an der Gesamtheit der Frauen im Erwerbsalter (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
26. Wie hoch war in den Jahren 1990, 2000 und 2010 der jeweilige Anteil von Frauen ohne Berufsabschluss an der Gesamtheit der Frauen im Erwerbsalter (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Die Fragen 25 und 26 werden zusammen beantwortet.

In der Dekade zwischen 2000 und 2010 konnten Frauen in Deutschland auch das Niveau der jeweils erreichten beruflichen Qualifikation steigern. So stieg der Anteil der Frauen mit Hochschulabschluss von 5,2 Prozent auf 8,4 Prozent und der der Frauen mit Fachhochschulabschluss von 3,3 Prozent auf 4,2 Prozent. Leicht rückläufig sind die Anteile der Frauen mit Facharbeiterabschluss (von 52,2 Prozent auf 51,1 Prozent) sowie der Frauen ohne beruflichen Bil-

<sup>11</sup> Von einer Drucklegung der Anlage 11 wurde abgesehen. Diese ist als Anlage auf Bundestagsdrucksache 17/12645 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

dungsabschluss (von 30,1 Prozent auf 28,4 Prozent). Weitere Angaben – insbesondere auch zu den Ergebnissen in den einzelnen Ländern – sind Anlage 12<sup>12</sup> im Anhang zu entnehmen.

Bei der Bewertung der genannten Zahlen zum Bildungsabschluss ist zu beachten, dass diese aus dem Mikrozensus stammen und auf freiwilligen Angaben beruhen. Als Personen im Erwerbsalter betrachtet der Mikrozensus Personen im Alter von 15 bis 65 Jahren. Eine Aufschlüsselung nach Bundesländern sowie nach Geschlecht liegt für das Jahr 1990 nicht vor. Deshalb führt der tabellarische Anhang zu den Fragen 25 und 26 lediglich Daten für die beiden Jahre 2000 und 2010 auf.

27. Wie hoch war in den Jahren 1990, 2000 und 2010 der Anteil von Frauen, die einer beruflichen Tätigkeit unterhalb ihres Qualifikationsabschlusses nachgingen (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine amtlichen Angaben vor.

28. Wie viele Frauen in Deutschland haben seit 1990 eine Umschulung durchlaufen (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Dieser Sachverhalt kann durch den Zugang von weiblichen Teilnehmern in berufliche Weiterbildung mit Abschluss abgebildet werden. Jahressummen liegen bei der Statistik der Bundesagentur für Arbeit ab 2000 bis derzeit 2011 vor.

2011 lag der Zugang von weiblichen Teilnehmern in berufliche Weiterbildung mit Abschluss (inkl. allgemeine Leistungen für behinderte Menschen) bei 18 000. Weitere Ergebnisse differenziert nach Jahren (2000 bis 2011) und Bundesländern können Anlage 13<sup>13</sup> im Anhang entnommen werden.

29. Wie hoch war in den Jahren 1990, 2000 und 2010 der Anteil von Frauen an den Rektoren/Rektorinnen und Professoren/Professorinnen im deutschen Hochschulwesen (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Die Gesamtzahl der Professorinnen hat sich in der Dekade zwischen 2000 und 2010 in Deutschland insgesamt nahezu verdoppelt (von 3 985 in 2000 auf 7 769 in 2010). Das Professorinnenprogramm des Bundes und der Länder hat hierzu maßgeblichen Einfluss ausgeübt. Das Programm ist 2013 in eine zweite Phase eingetreten. Weitere Angaben sind Anlage 14<sup>14</sup> im Anhang zu entnehmen. Eine Aufschlüsselung nach Bundesländern sowie nach Geschlecht liegt für das Jahr 1990 nicht vor. Deshalb führt der tabellarische Anhang lediglich Daten für die beiden Jahre 2000 und 2010 auf.

30. Wie hoch war in den Jahren 1990, 2000 und 2010 der Anteil von Frauen am Lehrpersonal in öffentlichen Schulen Deutschlands (bitte nach Schulformen aufschlüsseln)?

In der Dekade zwischen 2000 und 2010 stieg der Frauenanteil am Lehrpersonal in öffentlichen Schulen Deutschlands insgesamt von 61,4 Prozent auf 66,6 Pro-

<sup>12</sup> Von einer Drucklegung der Anlage 12 wurde abgesehen. Diese ist als Anlage auf Bundestagsdrucksache 17/12645 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

<sup>13</sup> Von einer Drucklegung der Anlage 13 wurde abgesehen. Diese ist als Anlage auf Bundestagsdrucksache 17/12645 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

<sup>14</sup> Von einer Drucklegung der Anlage 14 wurde abgesehen. Diese ist als Anlage auf Bundestagsdrucksache 17/12645 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

zent. Weitere Angaben sind Anlage 15<sup>15</sup> im Anhang zu entnehmen. Eine Aufschlüsselung nach Geschlecht liegt für das Jahr 1990 nicht vor. Deshalb führt der tabellarische Anhang lediglich Daten für die beiden Jahre 2000 und 2010 auf.

31. Wie hoch war in den Jahren 1990, 2000 und 2010 der Anteil von Frauen an den Leitern/Leiterinnen öffentlicher Schulen Deutschlands (bitte nach Schulformen aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Daten vor.

32. Wie hoch war in den Jahren 1990, 2000 und 2010 der Anteil von Frauen in Kindertagesstätten (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Für 1990 und 2000 sind keine Daten verfügbar. Um einen zeitlichen Verlauf darstellen zu können werden die Anteile der weiblichen und männlichen Beschäftigten (pädagogisches Personal, Leitungs- und Verwaltungspersonal, ohne hauswirtschaftliches und technisches Personal) für die Jahre 1998, 2006 und 2010 ausgewiesen.

Die Angaben können Anlage 16<sup>16</sup> im Anhang entnommen werden.

33. Wie hoch war in den Jahren 1990, 2000 und 2010 der Anteil von Frauen an der Gesamtzahl der Staatsanwälte/Staatsanwältinnen in Deutschland (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

34. Welchen Anteil hatten Frauen in den Jahren 1990, 2000 und 2010 an der Gesamtzahl der Richter/Richterinnen in Deutschland (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Frage 33 und Frage 34 werden zusammen beantwortet.

Zahl der Richterinnen/Richter und Staatsanwältinnen/Staatsanwälte der Bundesrepublik Deutschland, jeweils am 31. Dezember der Jahre 1990, 2000 und 2010

	1990	2000	2010
Richterinnen und Richter			
Insgesamt	17.932,00	20.880,00	20.410,70
davon: Frauen	3.416,00	5.780,00	7.848,26
Anteil Frauen in %	19,05	27,68	38,45
Staatsanwältinnen und Staatsanwälte			
Insgesamt	3.887,00	5.045,00	5.245,95
davon: Frauen	756,00	1.559,00	2.152,21
Anteil Frauen in %	19,45	30,90	41,03

Quelle: Bundesamt für Justiz, Richterstatistik

Die in der Tabelle aufgeführten Personalzahlen entsprechen den Arbeitskraftanteilen. Es handelt sich nicht um Kopf-/Personenzahlen. Das bedeutet, dass zwei halbtags beschäftigte Richterinnen oder Richter nur mit jeweils 0,5 gezählt werden, insgesamt also mit 1,0 in die Tabelle eingehen. Auf diese Weise erklären

<sup>15</sup> Von einer Drucklegung der Anlage 15 wurde abgesehen. Diese ist als Anlage auf Bundestagsdrucksache 17/12645 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

<sup>16</sup> Von einer Drucklegung der Anlage 16 wurde abgesehen. Diese ist als Anlage auf Bundestagsdrucksache 17/12645 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.



sich auch die Nachkommastellen. Angaben zu Kopffzahlen sowie die erbetene Aufschlüsselung nach Bundesländern liegen der Bundesregierung nicht vor. Die für die gewünschten Differenzierungen erforderliche Anfrage bei den Landesjustizverwaltungen ist in der für die Beantwortung Kleiner Anfragen vorgesehenen Frist nicht möglich.

35. Welchen Anteil hatten Frauen in den Jahren 1990, 2000 und 2010 nach Kenntnis der Bundesregierung an der Gesamtzahl der Abgeordneten im Deutschen Bundestag?

Im Jahr 1990 betrug der Frauenanteil an der Gesamtzahl der Abgeordneten im Deutschen Bundestag 20,5 Prozent. Bis zum Jahr 2000 steigerte sich der Anteil von Frauen auf 30,9 Prozent. Im Jahr 2010 betrug der Frauenanteil im Deutschen Bundestag 32,8 Prozent.

Die Daten beziehen sich auf den Beginn der jeweiligen Wahlperiode. Änderungen im Verlauf der jeweiligen Wahlperiode (12, 14 und 17) wurden nicht berücksichtigt.

Quelle: [www.bundestag.de/dokumente/datenhandbuch/03/03\\_06/03\\_06\\_01.html](http://www.bundestag.de/dokumente/datenhandbuch/03/03_06/03_06_01.html)

36. Welchen Anteil hatten Frauen in den Jahren 1990, 2000 und 2010 nach Kenntnis der Bundesregierung an der Gesamtzahl der Mandatsträger/Mandatsträgerinnen in den Landtagen und Senaten in Deutschland (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Frauenanteil in den jeweiligen Landesparlamenten, 1990, 2000 und 2010, in Prozent

Bundesland	1990	2000	2010
Baden-Württemberg	9,6 (1988)	18,7 (1996)	23,7 (2006)
Bayern	12,7 (1990)	22,1 (1998)	31,0 (2008)
Berlin	29,9 (1990)	34,3 (1999)	39,6 (2006)
Brandenburg	20,5 (1990)	29,2 (1999)	38,6 (2009)
Bremen*	28,0 (1987)	40,0 (1999)	38,6 (2007)*
Hamburg	29,2 (1987)	36,4 (1997)	33,1 (2008)
Hessen	16,4 (1987)	30,9 (1999)	33,6 (2008)
Mecklenburg-Vorpommern	16,7 (1990)	32,4 (1998)	25,4 (2006)
Niedersachsen	19,4 (1990)	26,8 (1998)	30,9 (2008)
Nordrhein-Westfalen	20,5 (1990)	31,2 (2000)	27,1 (2010)
Rheinland-Pfalz	13,0 (1987)	28,7 (1996)	37,6 (2006)
Saarland	23,5 (1990)	35,3 (1999)	29,4 (2009)
Sachsen	15,0 (1990)	34,2 (1999)	31,1 (2009)
Sachsen-Anhalt	15,1 (1990)	31,0 (1998)	30,9 (2006)
Schleswig Holstein	24,3 (1988)	38,2 (2000)	35,8 (2009)
Thüringen	13,5 (1990)	30,7 (1999)	37,5 (2009)

Quellen:

2. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland – Tabellenanhang mit Länderdaten, Seite 3 und 4: Indikator 1.1

Magin, Raphael: Die geringere Hälfte – Erscheinungsformen, Entwicklungen und Ursachen der Unterrepräsentation von Frauen in deutschen Parlamenten, Lit Verlag 2011, Seite 205: Tabelle A.4: Frauen in den deutschen Landtagen

\* unter Einbeziehung des Ergebnisses der Wiederholungswahl am 6. Juni 2008 im Wahlbezirk 132/02

Die angegebenen Zahlen berücksichtigen den Stand nach der vorangegangenen Wahl, die entsprechende Jahreszahl wird hinter der Prozentzahl in Klammern angegeben. Änderungen während der Wahlperiode sind nicht berücksichtigt.

37. Welchen Anteil hatten Frauen in den Jahren 1990, 2000 und 2010 an der Gesamtzahl der Führungspositionen in der Bundesverwaltung Deutschlands?

Belastbare statistische Daten zum durchschnittlichen Anteil von Frauen an Führungspositionen im höheren und gehobenen Dienst in der gesamten Bundesverwaltung sind für das Jahr 1990 nicht vorhanden. Statistische Erhebungen hierzu gibt es erst seit 1996 – nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Förderung von Frauen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Bundesverwaltung und den Gerichten des Bundes (Frauenfördergesetz) von 1994 und der dazugehörigen Verordnung über die statistischen Angaben für die Frauenförderung in Dienststellen des Bundes (Frauenförderstatistik) von 1995. Nach der Frauenförderstatistik 1996 bzw. 2000 betrug der durchschnittliche Anteil von Frauen an Führungspositionen in der gesamten Bundesverwaltung im Jahr 1996 18,25 Prozent und im Jahr 2000 19,46 Prozent. Im Jahr 2003 wurde die Frauenförderstatistik durch die Gleichstellungsstatistik (§ 24 Bundesgleichstellungsgesetz) abgelöst. Laut Gleichstellungsstatistik lag der durchschnittliche Anteil von Frauen an Führungspositionen in der gesamten Bundesverwaltung im Jahr 2010 bei 29,85 Prozent.

38. Welchen Anteil hatten Frauen in den Jahren 1990, 2000 und 2010 an der Gesamtzahl der Führungspositionen in der Privatwirtschaft Deutschlands (bitte nach Aufsichtsräten und Vorständen aufschlüsseln)?

Belastbare statistische Daten zum Anteil von Frauen an Führungspositionen (Aufsichtsräte und Vorstände), die auch eine Vergleichbarkeit im Zeitverlauf ermöglichen, sind für die Jahre 1990 und 2000 nicht vorhanden. Die Erhebung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, welche Daten für das Jahr 2010 beinhaltet, lässt eine Betrachtung der Entwicklung erst ab dem Jahr 2006 zu. In 2010 betrug der Anteil von Frauen in Vorständen in den größten 200 Unternehmen (ohne Finanzsektor) 3,2 Prozent, der Anteil von Frauen in Aufsichtsräten 10,6 Prozent.

Quelle: Managerinnen-Barometer 2013 des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

#### Einkommen

39. Wie hoch war in den Jahren 2000, 2005 und 2010 das durchschnittliche monatliche Einkommen von Frauen aus selbstständiger bzw. freiberuflicher Tätigkeit?

Wie hoch war es bei Männern (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Ergebnisse einer Sonderauswertung der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 2007 des Statistischen Bundesamtes. Daraus ergeben sich die nach Geschlecht und Bundesländern differenzierten durchschnittlichen jährlichen positiven und negativen Einkünfte aus freiberuflicher und unternehmerischer Tätigkeit.

Die Ergebnisse der Sonderauswertung können Anlage 17<sup>17</sup> im Anhang entnommen werden.

Für weitere Jahre liegen keine entsprechend aufbereiteten Daten vor.

<sup>17</sup> Von einer Drucklegung der Anlage 17 wurde abgesehen. Diese ist als Anlage auf Bundestagsdrucksache 17/12645 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

40. Wie hoch war in den Jahren 2000, 2005 und 2010 das durchschnittliche monatliche Bruttoeinkommen von sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen?

Wie hoch war es bei Männern (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Grundlage für die Beantwortung der Frage und ist die Entgeltstatistik der Bundesagentur für Arbeit als Teil der Beschäftigungsstatistik. Die Auswertungen sind auf sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte (ohne Auszubildende) eingeschränkt, weil auf diese Weise Vergleiche durchgeführt werden können, etwa zwischen Männern und Frauen, die in ihrer Aussagekraft nicht durch unterschiedliche Anteile von Teilzeitbeschäftigten oder Auszubildenden beeinflusst sind.

Weitere methodische Erläuterungen sind in dem Bericht der Statistik der Bundesagentur für Arbeit „Beschäftigungsstatistik: Sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelte“ vom November 2010 zu finden:

<http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Statistische-Analysen/Statistische-Sonderberichte/Generische-Publikationen/Entgeltstatistik.pdf>.

Im Jahr 2010 lag das „mittlere“ sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelt (Median) von sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigten Frauen (ohne Auszubildende) bei 2 312 Euro, im Vergleich zu 2 932 Euro bei sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigten Männern.

Wie sich die Entgelte differenziert nach Geschlecht und Bundesländern zwischen 2000 und 2010 verändert haben, kann Anlage 18<sup>18</sup> im Anhang entnommen werden.

41. Wie entwickelte sich der Gender Pay Gap in den Jahren 1990 bis 2012 (bitte einzeln für das gesamte Bundesgebiet aufführen und zudem nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht auf Basis der Verdienststrukturerhebung und ihrer Fortschreibung über die vierteljährliche Verdiensterhebung Jahresangaben zu den Unterschieden im Bruttostundenverdienst zwischen Männern und Frauen (unbereinigter Gender Pay Gap). Die Daten liegen ab 1995 vor und werden ab 2006 getrennt für die Gebietsstände West/Ost ausgewiesen (siehe nachfolgende Tabelle). Für 2012 liegen noch keine Daten vor.

Bei der Interpretation dieser so genannten unbereinigten Lohnlücke ist zu beachten, dass sich die Arbeitsentgelte von Frauen und Männern bei der Beschäftigung nach Branchenzugehörigkeit, Erfahrungszeiten und Qualifikation ergeben. Berücksichtigt man diese Unterschiede, liegt die bereinigte Lohnlücke bei nur 8 Prozent (Quelle: Statistisches Bundesamt auf der Basis der Verdienststrukturerhebung 2006).

Eine Aufschlüsselung nach Bundesländern liegt seitens des Statistischen Bundesamtes nicht vor.

<sup>18</sup> Von einer Drucklegung der Anlage 18 wurde abgesehen. Diese ist als Anlage auf Bundestagsdrucksache 17/12645 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Durchschnittlicher Unterschied zwischen Bruttostundenverdiensten von Männern und Frauen (Gender Pay Gap) 1995 bis 2011, in Prozent

Jahr	Gesamtdeutschland	Altes Bundesgebiet (inkl. Berlin)	Neue Bundesländer (ohne Berlin)
1995	21	-	-
1996	21	-	-
1997	21	-	-
1998	22	-	-
1999	19	-	-
2000	21	-	-
2001	21	-	-
2002	22	-	-
2003	23	-	-
2004	23	-	-
2005	22	-	-
2006	23	24	6
2007	23	24	6
2008	23	25	6
2009	23	24	7
2010	22	24	7
2011	22	24	7

Quelle: Statistisches Bundesamt, Verdienststrukturerhebung; fortgeschrieben mit Ergebnissen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung

42. Welche regionalen Unterschiede ergaben sich in den Jahren 2000, 2005 und 2010 hinsichtlich des monatlichen Bruttoeinkommens (bitte nach Bundesländern differenzieren)?

Bezüglich der methodischen Hinweise zur Entgeltstatistik der Bundesagentur für Arbeit wird auf die Ausführungen in der Antwort zu Frage 40 verwiesen.

Differenziert nach Bundesländern reichte im Jahr 2010 die Spanne der „mittleren“ sozialversicherungspflichtigen Bruttoarbeitsentgelte von sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) von 1 918 Euro in Mecklenburg-Vorpommern bis 3 095 Euro in Hamburg. Wie sich die Entgelte untergliedert nach Geschlecht und Bundesländern zwischen 2000 und 2010 verändert haben, kann der Anlage 18<sup>19</sup> im Anhang entnommen werden.

43. Wie hoch waren in den Jahren 2005 und 2010 die durchschnittlichen monatlichen gesetzlichen Renten für Frauen in Deutschland?

Wie hoch waren sie bei Männern (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

<sup>19</sup> Von einer Drucklegung der Anlage 18 wurde abgesehen. Diese ist als Anlage auf Bundestagsdrucksache 17/12645 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Durchschnittliche Zahlbeträge der Versichertenrenten\* aus der gesetzlichen Rentenversicherung nach Wohnort der Versicherten (Bundesland) zum Stichtag 31. Dezember der Jahre 2005 und 2010, in Euro

Bundesland	2005		2010	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Schleswig-Holstein	999,43	485,48	1.009,51	516,33
Hamburg	1.052,98	591,22	1.050,78	622,23
Niedersachsen	998,50	464,54	1.013,59	491,64
Bremen	1.021,00	508,56	1.017,36	532,87
Nordrhein-Westfalen	1.096,31	462,64	1.097,12	488,25
Hessen	1.027,15	496,84	1.046,08	527,81
Rheinland-Pfalz	990,09	436,80	1.010,41	465,16
Baden-Württemberg	1.026,62	517,16	1.054,54	543,53
Bayern	957,88	498,50	983,37	525,82
Saarland	1.088,23	402,93	1.085,56	427,60
Berlin	1.019,61	674,87	1.008,59	710,56
Brandenburg	998,32	664,15	1.008,19	706,81
Mecklenburg-Vorpommern	953,24	641,70	960,03	684,80
Sachsen	1.029,05	669,99	1.026,15	705,26
Sachsen-Anhalt	999,17	638,00	1.001,16	679,01
Thüringen	990,77	655,01	993,45	693,95
Bundesgebiet insgesamt	1.023,06	529,66	1.033,90	558,01

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung, Rentenbestand

\* Renten wegen Alters bzw. verminderter Erwerbsfähigkeit

Hinweis: Statistisch nicht auswertbare Fälle wurden nicht in die Auswertung einbezogen.

Die Angaben zur durchschnittlichen Höhe der gesetzlichen Versichertenrenten sind allerdings zur Beurteilung der Einkommenssituation von Rentnerinnen und Rentnern ungeeignet. Viele Altersrenten sind aufgrund von kurzen versicherungspflichtigen Beschäftigungszeiten (beispielsweise von Personen, die später beamtet wurden oder eine selbstständige Tätigkeit aufgenommen haben) gering, was bei der Durchschnittsbildung zu vergleichsweise geringen Durchschnittsrenten führt.

Das gesamte Nettoeinkommen im Alter resultiert zudem auch aus weiteren Quellen. So zeigt die Analyse der Alterseinkommen der gegenwärtigen Rentnerinnen und Rentner anhand der Datenbasis „Alterssicherung in Deutschland (ASID) 2011“, dass geringe Rentenbeträge in der Regel durch zusätzliche Einkunftsarten oder das Einkommen des Ehepartners ausgeglichen werden und infolge dessen kein Indiz für niedrige Gesamteinkommen sind.

44. Wie viele Frauen mit Behinderung beziehen Erwerbsminderungs- und Erwerbsunfähigkeitsrente in welcher durchschnittlichen Höhe, und wie viele dieser Rentenbezieherinnen sind zusätzlich mit welchem durchschnittlichen Monatseinkommen beschäftigt?

Merkmale zur Differenzierung nach dem Grad der Schwerbehinderung bzw. zur Behinderung sind in den Statistikdaten der Deutschen Rentenversicherung nicht enthalten.

45. Wie hoch waren die gesamten monatlichen Nettoeinkünfte von Frauen in den Jahren 2000, 2005 und 2010 nach Einkommensspannen, und wie hoch ist der Anteil von Frauen mit Behinderung sowie von Frauen mit Migrationshintergrund in den jeweiligen Einkommensgruppen (bitte nach den folgenden Einkommensspannen in Euro und nach Bundesländern differenzieren: bis 500, 500 bis 700, 700 bis 1 000, 1 000 bis 1 500, 1 500 bis 2 000, über 2 000 Euro)?

Daten zum durchschnittlichen Nettomonatsverdienst von Frauen differenziert nach Einkommensgruppen und Bundesländern können aus der Verdienststrukturerhebung (VSE) des Statistischen Bundesamtes bereitgestellt werden. Allerdings erfasst die VSE nur Betriebe des Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereichs (Wirtschaftsabschnitte B bis S der Klassifikation der Wirtschaftszweige) und mit zehn und mehr Beschäftigten. Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Ergebnisse einer Sonderauswertung der VSE 2006 und 2010. Vergleichbare Daten für weitere Jahre und Informationen über Behinderungen oder Migrationshintergrund liegen nicht vor.

Durchschnittlicher monatlicher Nettoverdienst von Frauen im Oktober 2006 nach Bundesländern, in Euro

Bundesland	unter 500	500-700	700-1.000	1.000-1.500	1.500-2.000	über 2.000
Baden-Württemberg	301	609	851	1.251	1.715	2.580
Bayern	306	608	853	1.247	1.713	2.610
Berlin	312	609	868	1.248	1.713	2.650
Brandenburg	273	612	861	1.239	1.714	2.522
Bremen	316	600	852	1.248	1.706	2.593
Hamburg	305	605	860	1.258	1.726	2.696
Hessen	310	610	851	1.253	1.722	2.689
Mecklenburg-Vorpommern	263	614	856	1.228	1.708	2.441
Niedersachsen	311	606	857	1.238	1.710	2.579
Nordrhein-Westfalen	313	608	852	1.250	1.713	2.611
Rheinland-Pfalz	321	610	849	1.246	1.711	2.632
Saarland	325	608	851	1.242	1.711	2.603
Sachsen	248	610	861	1.230	1.707	2.463
Sachsen-Anhalt	261	610	860	1.238	1.707	2.524
Schleswig-Holstein	304	608	856	1.239	1.708	2.630
Thüringen	275	611	865	1.226	1.703	2.480
Deutschland	305	608	855	1.245	1.713	2.610

Quelle: Verdienststrukturerhebung 2006

Grundgesamtheit: Betriebe mit zehn und mehr Beschäftigten; ohne Auszubildende

Durchschnittlicher monatlicher Nettoverdienst von Frauen im Oktober 2010  
nach Bundesländern, in Euro

Bundesland	unter 500	500-700	700-1.000	1.000-1.500	1.500-2.000	über 2.000
Baden- Württemberg	313	604	858	1.251	1.727	2.616
Bayern	316	605	859	1.250	1.725	2.632
Berlin	311	607	868	1.257	1.730	2.618
Brandenburg	276	612	862	1.244	1.727	2.551
Bremen	316	605	863	1.253	1.725	2.595
Hamburg	320	603	867	1.263	1.738	2.674
Hessen	314	607	856	1.254	1.729	2.674
Mecklenburg- Vorpommern	292	619	867	1.236	1.723	2.497
Niedersachsen	309	605	857	1.241	1.720	2.548
Nordrhein- Westfalen	317	603	858	1.249	1.731	2.608
Rheinland- Pfalz	315	606	862	1.248	1.723	2.593
Saarland	321	603	859	1.248	1.724	2.585
Sachsen	273	612	860	1.242	1.722	2.459
Sachsen- Anhalt	306	608	862	1.246	1.715	2.540
Schleswig- Holstein	313	608	860	1.250	1.717	2.596
Thüringen	273	615	862	1.243	1.720	2.549
Deutschland	312	606	860	1.249	1.726	2.605

Quelle: Verdienststrukturerhebung 2010

Grundgesamtheit: Betriebe mit zehn und mehr Beschäftigten; ohne Auszubildende

46. Wie viele Frauen in Langzeitarbeitslosigkeit erhielten in den Jahren 2005 und 2010 keine Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch wegen zu hoher Einkünfte ihres Ehepartners oder ihrer Lebenspartnerin bzw. ihres Lebenspartners, und wie hoch ist dabei der jeweilige Anteil von Frauen mit Behinderung sowie von Frauen mit Migrationshintergrund (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Diese Frage kann nur näherungsweise mit Hilfe einer Auswertung zur Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III ohne Leistungsanspruch beantwortet werden. Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III ohne Leistungsanspruch kann verschiedene Gründe haben:

- Die arbeitslose Person hat (noch) keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld erworben, weil entweder die vorangegangene Phase der Erwerbstätigkeit nicht ausreicht (Anwartschaftszeit nicht erfüllt) oder noch keine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bestanden hat.

- Die Person hat ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld bereits aufgebraucht, ist nicht hilfebedürftig und bezieht deshalb kein Arbeitslosengeld II. Dies ist dann der Fall, wenn Vermögen oder laufendes Einkommen im Haushalt zu hoch ausfallen.
- Personen, die Arbeitslosengeld II bezogen haben und bei denen die Hilfebedürftigkeit endet (beispielsweise weil der Partner eine Beschäftigung aufnimmt), werden zu Nichtleistungsempfängern, wenn sie sich weiterhin den Vermittlungsbemühungen der Agentur zur Verfügung stellen. Sie werden dann nicht mehr dem Rechtskreis SGB II, sondern dem Rechtskreis SGB III zugeordnet.
- Arbeitslose, die im Rechtskreis SGB II betreut werden, können sich nachträglich als Nichtleistungsempfänger erweisen, wenn der Antrag auf Leistungen aus der Grundsicherung letztlich abgelehnt und die Zuständigkeit des Rechtskreises SGB III festgestellt wird. Diese Person wird nicht als erwerbsfähiger Hilfebedürftiger, aber mindestens bis zur Ablehnung des Leistungsantrags als Person im Rechtskreis SGB II erfasst.

Bei der Gruppe der arbeitslosen Nichtleistungsempfängern im Rechtskreis SGB III handelt es sich nicht um die Abgrenzung eines operativ erfassten Merkmals, sondern um eine aus verschiedenen Statistiken abgeleitete Größe, die jedoch nach zusätzlichen Merkmalen differenziert ermittelt werden kann (u. a. Langzeitarbeitslosigkeit).

Solche Auswertungen liegen für 2010, nicht aber für 2005 vor. Der folgenden Tabelle ist zu entnehmen, dass es im Jahresdurchschnitt 2010 knapp 62 000 langzeitarbeitslose Nichtleistungsempfängerinnen im Rechtskreis SGB III gab. Darunter waren 6 000 oder 10 Prozent schwerbehindert und 4 000 oder 6 Prozent hatten eine ausländische Nationalität.



## Langzeitarbeitslose Nichtleistungsempfängerinnen im Rechtskreis SGB III nach Bundesländern, Jahresdurchschnitt 2010

Bundesland	Langzeitarbeitslose Nichtleistungsempfängerinnen im Rechtskreis SGB III				
	Gesamt	darunter:			
		schwerbehindert		Ausländerinnen	
		absolut	Anteil an Spalte 1 in Prozent	absolut	Anteil an Spalte 1 in Prozent
1	2	3	4	5	
Schleswig-Holstein	1.627	137	8,4	76	4,7
Hamburg	1.127	113	10,0	178	15,8
Niedersachsen	4.966	535	10,8	231	4,6
Bremen	304	20	6,5	29	9,6
Nordrhein-Westfalen	9.731	1.256	12,9	819	8,4
Hessen	2.131	399	18,7	237	11,1
Rheinland-Pfalz	2.149	230	10,7	139	6,4
Baden-Württemberg	5.975	729	12,2	801	13,4
Bayern	5.123	725	14,2	540	10,5
Saarland	498	82	16,4	30	5,9
Berlin	2.740	224	8,2	261	9,5
Brandenburg	5.484	420	7,7	70	1,3
Mecklenburg-Vorpommern	2.669	218	8,2	17	0,6
Sachsen	7.542	579	7,7	78	1,0
Sachsen-Anhalt	5.031	248	4,9	27	0,5
Thüringen	4.634	370	8,0	39	0,8
Gesamt	61.731	6.284	10,2	3.571	5,8

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

47. Wie hoch war in den Jahren 2000, 2005 und 2010 die Armutsquote bei Frauen in Deutschland nach Bundesmedian (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Die Armutsrisikoquote beziffert den Anteil der Personen, die über ein geringeres Einkommen verfügen als 60 Prozent des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens. Ein Einkommen unterhalb dieses statistischen Schwellenwertes ist nicht gleichbedeutend mit Armut oder individueller Bedürftigkeit. Würde sich das Einkommen aller Menschen verdoppeln, bliebe der Anteil der Menschen mit einem relativ geringen Einkommen gleich hoch. Insgesamt ist die Armutsrisikoquote zwar ein oft genutzter statistischer Indikator, allerdings auch ein in Bezug auf Armut nur begrenzt aussagekräftiger, weil er lediglich Hinweise auf mögliche Risiken und betroffene Gruppen geben kann, aber viele aktive Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut wie z. B. Sachleistungen außen vor lässt. Seine Höhe hängt zudem von vielen aus normativen und methodischen Gesichtspunkten heraus zu treffenden Entscheidungen ab, wie der verwendeten Datenquelle, der Definition der Armutsrisikoschwelle als Bezugsgröße und der

Gewichtung der Haushaltsmitglieder bei der Bestimmung des Nettoäquivalenzeinkommens.

Die Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik stellt seit 2005 regelmäßig Armutsrisikoquoten in regionaler Gliederung zur Verfügung. Vergleichbare Ergebnisse für Jahre vor 2005 liegen nicht vor.

Armutsrisikoquoten von Frauen nach Bundesländern\*, 2005 bis 2011, in Prozent

Bundesland	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Baden-Württemberg	11,1	10,6	10,7	10,9	11,5	11,6	11,9
Bayern	12,4	11,9	12,0	11,8	12,0	11,7	12,3
Berlin	18,5	16,0	16,8	18,1	18,0	18,2	20,4
Brandenburg	19,5	18,9	17,4	17,0	17,0	16,3	17,1
Bremen	21,9	19,8	18,0	21,8	19,9	21,5	23,2
Hamburg	15,3	14,0	13,9	13,0	14,2	13,7	14,8
Hessen	13,5	12,5	12,6	13,3	13,2	12,8	13,4
Mecklenburg-Vorpommern	23,6	23,1	24,7	24,5	22,7	22,6	22,2
Niedersachsen	16,1	15,8	16,1	16,5	16,0	15,9	16,4
Nordrhein-Westfalen	14,7	14,1	14,9	15,1	15,7	16,0	17,4
Rheinland-Pfalz	15,1	14,1	14,7	15,8	15,3	15,9	16,2
Saarland	16,0	16,3	17,2	16,7	16,8	15,8	17,1
Sachsen	19,0	18,3	19,5	19,0	19,5	19,4	19,7
Sachsen-Anhalt	22,7	21,4	21,8	22,5	22,0	20,0	20,7
Schleswig-Holstein	13,6	12,3	13,1	13,5	14,5	14,2	14,2
Thüringen	20,2	19,4	19,3	19,4	18,3	17,6	17,1
Deutschland	15,1	14,4	14,8	15,0	15,1	15,0	15,7

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW

\* gemessen am Bundesmedian

48. Erwartet die Bundesregierung in der Zukunft eine stärkere Armutsgefährdung von Frauen gegenüber Männern in Deutschland?

Wenn ja, welche Entwicklung zeichnet sich diesbezüglich ab?

Wenn nein, wie begründet sie ihre Auffassung?

Der Bundesregierung liegen keine belastbaren Prognosen zu der Frage vor, wie sich die Armutsgefährdung von Frauen gegenüber Männern in Zukunft entwickeln wird.

Gesundheit

49. Wie haben sich die Fälle von beruflich bedingten Erkrankungen bei Frauen im Vergleich der Jahre 1990, 2000 und 2010 entwickelt (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung selbst liegen die erbetenen Daten nicht vor.

In Anlage 19<sup>20</sup> im Anhang werden Ergebnisse der Berufskrankheiten-Dokumentation der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung dargestellt.

50. Wie haben sich krankheitsbedingte Pro-Kopf-Fehltage bei sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen in Deutschland im Vergleich der Jahre 1990, 2000 und 2010 entwickelt (bitte schwangerschafts-, geburts- sowie Kindesbedingte Fehlzeiten ausklammern und nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Die Statistik der Krankenversicherung erfasst Arbeitsunfähigkeitsfälle und -tage wegen Krankheit, für die die Krankenversicherung Kostenträger ist oder für die nur wegen der Entgeltfortzahlung kein Krankengeld gezahlt wird. Dabei werden Fälle und Zeiten während der Mutterschutzfristen nicht berücksichtigt, da Schwangerschaft und Geburt keine Krankheit sind.

Die Statistik weist für weibliche Pflichtmitglieder im Jahr 1991 16,33 Arbeitsunfähigkeitstage pro Mitglied, im Jahr 2000 15,82 Arbeitsunfähigkeitstage pro Mitglied und im Jahr 2010 16,21 Arbeitsunfähigkeitstage pro Mitglied aus. Gegenüber der Fragestellung wurde das erste Jahr von 1990 auf 1991 geändert, da erst im Jahr 1991 das Recht der Krankenversicherung in den neuen Ländern eingeführt wurde.

Eine regionale Differenzierung ist in der Statistik nicht vorgesehen, daher ist eine weitergehende Beantwortung der Frage nicht möglich.

51. Wie viele beruflich bedingte Erkrankungen von Frauen führten in den Jahren 1990, 2000 und 2010 in eine anerkannte Behinderung oder Schwerbehinderung?

Die für die Beantwortung dieser Frage erforderliche Sonderauswertung des Mikrozensus nach den gewünschten Differenzierungen ist in der für die Beantwortung Kleiner Anfragen vorgesehenen Frist nicht möglich.

52. Wie haben sich unfallbedingte Pro-Kopf-Fehltage bei sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen in Deutschland im Vergleich der Jahre 1990, 2000 und 2010 entwickelt (bitte nach Arbeits-, Haushalts-, Verkehrs- und Freizeitunfällen sowie nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Der Bereich der gesetzlichen Unfallversicherung umfasst Arbeitsunfälle. Hierzu zählen auch Unfälle auf Wegen zur und von der Arbeit sowie Unfälle von Beschäftigten in Privathaushalten. Freizeitunfälle sind nicht gesetzlich unfallversichert.

Dennoch differenzieren die Statistiken der gesetzlichen Unfallversicherung, die Krankenversicherungsstatistik sowie die Straßenverkehrsunfallstatistik nicht nach den Kriterien der Fragestellung, daher ist eine Beantwortung der Frage hieraus nicht möglich.

53. Wie haben sich die Pro-Kopf-Fehltage aufgrund gewaltbedingter Verletzungen bei sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen in Deutschland im Vergleich der Jahre 1990, 2000 und 2010 entwickelt (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegen keine statistischen Datenquellen vor, anhand derer die Frage beantwortet werden kann. Die Statistik der Krankenversicherung dif-

<sup>20</sup> Von einer Drucklegung der Anlage 19 wurde abgesehen. Diese ist als Anlage auf Bundestagsdrucksache 17/12645 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

ferenziert nicht nach den Kriterien der Fragestellung, daher ist eine Beantwortung der Frage hieraus nicht möglich.

54. Wie viele Frauen starben in Deutschland an den Folgen gewaltbedingter Verletzungen in den Jahren 1990, 2000 und 2010, und wie hoch ist der Anteil von Frauen mit Behinderung unter diesen Gewaltopfern (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

In der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) werden Opfer in Bezug auf bestimmte Straftaten(gruppen) erfasst. Für die Beantwortung der Frage wurde daher die Zahl der Frauen ab einem Lebensalter von 18 Jahren erfasst, die in Deutschland in den Jahren 1990, 2000 und 2010 Opfer von Tötungsdelikten wurden.

Belastbare Zahlen für das gesamte Bundesgebiet liegen erst ab dem Jahr 1993 vor.

Zahl der Frauen über 18 Jahre, die Opfer von Tötungsdelikten wurden, 1990, 2000 und 2010

Straftat	1990 (nur altes Bundesgebiet)	2000	2010
Mord	343	402	357
Totschlag und Tötung auf Verlangen	364	578	468
Körperverletzung mit Todesfolge	34	86	30
Gesamt	741	1.066	855

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik

Das Merkmal „Behinderung“ wird in der PKS nicht erfasst. Aussagen zum Anteil von Frauen mit Behinderung als Opfer dieser Gewalttaten sind somit nicht möglich.

55. Wie hoch waren in den Jahren 2000 und 2010 die jeweiligen Anteile von Frauen in Deutschland, die die kostenlosen Vorsorgeuntersuchungen in Anspruch genommen haben (bitte auf die verschiedenen Vorsorgeangebote und nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Die Fälle der von den Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) abgerechneten Vorsorgeuntersuchungen nach § 25 Absatz 2 SGB V werden innerhalb eines Jahres gezählt, dabei können auch mehrere Fälle je Versicherte in einem Jahr anfallen. Es kann daher kein Anteil an allen Frauen berechnet werden. Die Fälle von Vorsorgeuntersuchungen nach § 25 Absatz 2 SGB V haben sich zwischen dem Jahr 2000 und dem Jahr 2010 fast verdoppelt, von im Jahr 2000 18,6 Millionen Fälle auf 37,1 Millionen Fälle in 2010. Eine weitere Differenzierung auf die verschiedenen Vorsorgeangebote und nach regionalen Aspekten ist nicht möglich.

Nach den Schätzungen des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland (ZI) betragen die Teilnahmeraten an der Gesundheitsuntersuchung nach § 25 Absatz 1 SGB V (sog. Check-up) bei den Frauen 17,2 Prozent im Jahr 2001 (Zahlen für 2000 liegen dem ZI aufgrund der Umstellung der Erhebungsmethodik in diesem Zeitraum nicht vor) und 23,4 Prozent im Jahr 2010. Die Aufteilung nach Ländern ist Anlage 20 im Anhang zu

entnehmen. Es handelt sich hier um die Ein-Jahres-Teilnahmeraten. Da der Anspruch auf den Gesundheits-Check-up alle zwei Jahre beträgt, ist die Zwei-Jahres-Teilnahmerate (Multiplikation mit dem Faktor 2) aussagekräftiger und läge somit in einer Größenordnung von ca. 34,4 Prozent bzw. 46,8 Prozent.

Nach Angaben des ZI lag die Teilnahmerate der Frauen an der Krebsfrüherkennungsuntersuchung (KFU) im Jahr 2000 bei 48,1 Prozent und im Jahr 2010 bei 48,3 Prozent. Die Aufteilung nach Ländern ist Anlage 20 im Anhang zu entnehmen. Die jährliche KFU bei Frauen ab 20 Jahren umfasst die Genitaluntersuchung, einschließlich der Gebärmutterhalskrebsfrüherkennung mittels Pap-Test, sowie die Inspektion und das Abtasten der Brust.

Darüber hinaus umfassen die Krebsfrüherkennungsuntersuchungen weitere Maßnahmen, die im Folgenden gesondert erfasst werden. Davon wurden folgende Untersuchungen erst nach 2000 eingeführt: Beratung zu Maßnahmen der Darmkrebsfrüherkennung (2002), Früherkennungs-Koloskopie (2002), Mammographie-Screening (2005) und Hautkrebs-Screening (2008).

Die Teilnahme an der Darmkrebsfrüherkennung mittels eines Testes auf verstecktes Blut im Stuhl (FOBT) betrug bei den Frauen im Jahr 2002 (Zahlen für 2000 können vom ZI nicht vorgelegt werden) 34,6 Prozent (Aufteilung auf Länder siehe Anlage 20 im Anhang) und ging im Jahr 2010 auf 16,1 Prozent zurück. Das ZI führt diesen deutlichen Rückgang teilweise auf die Einführung der Früherkennungs-Koloskopie im Jahr 2002 zurück.

Zieht man laut Auskunft des ZI diesen Anteil von den Anspruchsberechtigten einer FOBT-Untersuchung ab, so läge die FOBT-Teilnahmerate unter weiblichen Versicherten im Bundesgebiet bei knapp 19 Prozent. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass im Alter von 50 bis 54 Jahren ein jährlicher Anspruch auf den FOBT besteht und ab dem Alter von 55 Jahren ein Anspruch alle zwei Jahre. Das bedeutet, dass die Teilnahmeraten für die Gruppe der ab 55-Jährigen günstiger sind, wenn man sie auf einen Zwei-Jahres-Zeitraum bezieht (also ca. 38 Prozent).

Für die Früherkennungs-Koloskopie besteht ein Anspruch alle 10 Jahre. In dem Zeitraum von 2003 bis 2010 haben nach den Auswertungen des ZI insgesamt 16,2 Prozent der anspruchsberechtigten Frauen eine Früherkennungs-Koloskopie in Anspruch genommen. Da die Teilnahmeraten im Bereich der Darmkrebsfrüherkennung (FOBT und Koloskopie) insgesamt aber unbefriedigend sind, hat der Gesetzgeber mit dem jüngst beschlossenen Krebsfrüherkennungs- und -registergesetz die Einführung eines organisierten Darmkrebsfrüherkennungsprogramms mit einem persönlichen Einladungsbescheid vorgesehen. Hier von wird eine deutliche Erhöhung der Teilnahmeraten erwartet.

Die Teilnahmeraten am dem Hautkrebs-Screening betrugen bei den Frauen im Jahr 2010 15,6 Prozent (ca. 31,2 Prozent, wenn man einen zweijährlichen Anspruchszeitraum zugrunde legt; Verteilung nach Ländern siehe Anlage 20 im Anhang). Für das Mammographie-Screening beziehen sich die aktuellsten Daten der Kooperationsgemeinschaft Mammographie auf den Zeitraum 2008/2009. Die Teilnahmerate lag 2009 bundesweit bei 54,5 Prozent (mit Selbst-Einladerinnen) bzw. 52,5 Prozent (ohne Selbst-Einladerinnen). Die Aufteilung auf die Länder (Teilnahmerate ohne Selbst-Einladerinnen) ist Anlage 20<sup>21</sup> im Anhang zu entnehmen.

<sup>21</sup> Von einer Drucklegung der Anlage 20 wurde abgesehen. Diese ist als Anlage auf Bundestagsdrucksache 17/12645 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

56. Wie hoch waren im Jahr 2010 die jeweiligen Anteile von Frauen in Deutschland, die die Angebote an individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL) in Anspruch genommen haben (bitte auf die verschiedenen IGeL-Angebote und nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine entsprechenden Daten vor.

Nach wissenschaftlichen Studien des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIDO) liegen folgende Informationen für Frauen vor:

Umfang privat angebotener Gesundheitsleistungen für Frauen nach Art der Gesundheitsleistung, 2005 und 2010, in Prozent

Art der Gesundheitsleistung	2005	2010
Ultraschalluntersuchungen	9,5	10,6
Glaukomvorsorgeuntersuchungen	4,3	5,5
Medikamente beziehungsweise Heil- und Hilfsmittel	2,2	4,8
Blutuntersuchungen/Laborleistungen	1,7	3,2
ergänzende Krebsfrüherkennungen bei Frauen	4,8	5,6
keine vertragsärztlichen Leistungen	3,0	3,7
Hautkrebsvorsorge	1,1	1,4
Knochendichtemessungen	k.A.	2,0
Akupunktur	k.A.	1,1

Quelle: Studien des Wissenschaftlichen Instituts der AOK

57. Wie viele Ehefrauen in Deutschland sind bei ihren Ehemännern kostenfrei mitversichert (familienversichert) (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Die Statistik der Krankenversicherung differenziert die mitversicherten Familienangehörigen nicht nach Kindern oder Ehepartnern, daher enthält die nachfolgende Tabelle lediglich die mitversicherten Familienangehörigen differenziert nach dem Geschlecht und Bundesländern.

Mitversicherte Familienangehörige in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) (alle Kassenarten) nach Bundesländern, Stichtag 1. Juli 2012

Bundesland	Männer	Frauen	Zusammen
Baden-Württemberg	958.492	1.435.123	2.393.615
Bayern	1.051.007	1.626.049	2.677.056
Berlin	300.140	355.098	655.238
Brandenburg	191.335	219.441	410.776
Bremen	60.014	85.001	145.015
Hamburg	152.001	202.382	354.383
Hessen	554.985	836.973	1.391.958
Mecklenburg-Vorpommern	126.398	145.841	272.239
Niedersachsen	738.718	1.121.828	1.860.546
Nordrhein-Westfalen	1.675.448	2.684.292	4.359.740
Rheinland-Pfalz	343.345	560.344	903.689
Saarland	81.094	148.591	229.685
Sachsen	318.575	368.747	687.322
Sachsen-Anhalt	172.930	208.128	381.058
Schleswig-Holstein	257.003	372.510	629.513
Thüringen	164.617	197.396	362.013
Wohnsitz im Ausland	20.130	51.493	71.623
Bund	7.166.232	10.619.237	17.785.469

Quelle: Statistik der Krankenversicherung

#### Wohnsituation

58. Wie hat sich die Pro-Kopf-Wohnfläche von Frauen in Deutschland im Vergleich der Jahre 1990, 2000 und 2010 in Städten mit mehr als 150 000 Einwohnern/Einwohnerinnen, in Städten mit mehr als 100 000, aber weniger als 150 000, und in Städten bzw. Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern/Einwohnerinnen entwickelt?

Hierzu liegen keine veröffentlichten Angaben aus dem Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes vor.

Eine Sonderauswertung des Mikrozensus durch das Statistische Bundesamt nach den gewünschten Differenzierungen ist in der für die Beantwortung Kleiner Anfragen vorgesehenen Frist nicht möglich.

59. Wie hat sich in Deutschland die Zahl von Frauen als alleinige Mieterin von Wohnungen im Vergleich der Jahre 1990, 2000 und 2010 entwickelt, und wie hoch ist der Anteil von Frauen mit Behinderung als Alleinmieterin (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Veröffentlichte Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung „Wohnsituation der Haushalte“ zur Zahl von Frauen als Ein-Personen-Hauptmieterhaushalt liegen für die Jahre 1998, 2002, 2006 und 2010 vor. Eine Differenzierung nach Bundesländern ist nicht veröffentlicht.

Eine Sonderauswertung der Mikrozensus-Zusatzerhebung nach der gewünschten Differenzierung ist in der für die Beantwortung Kleiner Anfragen vorgesehenen Frist nicht möglich.

Veröffentlichte Ergebnisse liegen in der Differenzierung Alte und Neue Bundesländer vor.

Demnach ist der Anteil von weiblichen Ein-Personen-Hauptmieter-Haushalten an allen Ein-Personen-Hauptmieterhaushalten seit 1998 bis 2010 von 58 Prozent auf 52 Prozent gesunken. Die Zahl der entsprechenden Haushalte stieg dagegen von 5,0 Millionen auf 5,3 Millionen.

Anzahl der Ein-Personen-Haushalte mit weiblicher Haushaltsbezugsperson unter den Hauptmieterhaushalten, 1998, 2002, 2006 und 2010, in 1 000

	Deutschland			Früheres Bundesgebiet ohne Berlin			Neue Länder einschl. Berlin <sup>1)</sup>		
	Ein-Personen-Hauptmieterhaushalte insgesamt	davon weiblich	Anteil in %	Ein-Personen-Hauptmieterhaushalte insgesamt	davon weiblich	Anteil in %	Ein-Personen-Hauptmieterhaushalte insgesamt	davon weiblich	Anteil in %
1998	8.632	5.021	58%	6.965	4.011	58%	1.667	1.010	61%
2002	9.178	5.201	57%	7.308	4.096	56%	1.870	1.105	59%
2006	10.327	5.647	55%	7.685	4.196	55%	2.642	1.451	55%
2010	10.330	5.326	52%	7.588	3.905	51%	2.741	1.421	52%

Quelle: Mikrozensus-Zusatzerhebung „Wohnsituation der Haushalte“

Die Zeitreihenfähigkeit der Mikrozensus-Daten ist aus folgenden Gründen eingeschränkt:

- Gebietsänderungen: Vor 2005 wurde die Gliederung „Früheres Bundesgebiet/ Neue Länder und Berlin-Ost“, nach 2005 die Gliederung „Früheres Bundesgebiet ohne Berlin/Neue Länder einschl. Berlin“ für die Veröffentlichung in der Fachserie verwendet. Die Einbeziehung der gesamten Großstadt Berlin kann insbesondere bei Merkmalen, die große Stadt-Land-Unterschiede aufweisen, zu im Vergleich zu den Vorerhebungen abweichenden Entwicklungen führen.
- Hochrechnung: Im Rahmen des Mikrozensus 2010 wurden die Plausibilisierungs- und Hochrechnungsverfahren weiterentwickelt. Ein Vergleich der Daten aus dem Mikrozensus 2010 mit den Vorerhebungen ist nur eingeschränkt möglich.

Der zurückgehende Anteil von Frauen an Ein-Personen-Hauptmieterhaushalten ist auf die Entwicklung bei den älteren Haushalten zurückzuführen. Diese Altersgruppe wurde bis in die 90er Jahre stark von Witwen oder unverheiratet gebliebenen Frauen in Folge des Zweiten Weltkrieges geprägt. In den jüngeren Jahrgängen resultiert der Frauenüberschuss nicht mehr von Kriegsereignissen, sondern nur noch aus der höheren Lebenserwartung der Frauen.

Der zweite Teil der Frage zur Behinderung kann aus veröffentlichten Ergebnissen des Mikrozensus nicht beantwortet werden.

Eine Sonderauswertung der Mikrozensus-Zusatzerhebung ist in der für die Beantwortung Kleiner Anfragen vorgesehenen Frist nicht möglich.

60. Wie hoch war in den Jahren 1990, 2000 und 2010 die Zahl wohnungsloser Frauen in Deutschland (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Die Bundesregierung führt selbst keine Statistik zur Zahl der wohnungslosen Menschen. Es gibt nur eine Reihe von lokalen Erhebungen und Analysenaus



denen sich kein Gesamtüberblick ableiten lässt. Für die Armuts- und Reichumsberichterstattung der Bundesregierung wurde die Entwicklung der Wohnungslosigkeit anhand von Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) ausgewiesen. Die regelmäßigen Schätzungen der BAG W beruhen nach eigenen Angaben auf „Beobachtung der Veränderungen des Wohnungs- und Arbeitsmarktes, der Zuwanderung, der Sozialhilfebedürftigkeit sowie regionaler Wohnungslosenstatistiken und eigenen Blitzumfragen“. Die Entwicklung dieser Schätzungen liegt der Bundesregierung ab dem Jahr 1994 vor. Danach waren im Jahr 1994 rund 550 000 Personen (ohne wohnungslose Aussiedler) wohnungslos, im Jahr 2000 waren es 390 000 und im Jahr 2010 noch 246 000.

Zur Gesamtverteilung der Wohnungslosen nach Alter und Geschlecht und den Gründen des Wohnungsverlustes liegen Ergebnisse der Erhebung der BAG W zur Inanspruchnahme von Hilfsangeboten der Wohnungslosenhilfe in Deutschland aus dem Jahr 2010 vor. Die Daten der Erhebung sind nicht repräsentativ im strengen statistischen Sinne, bilden aber nach Einschätzung der BAG W die wesentlichen Merkmale sehr zuverlässig ab. Rund 24 000 Personen wurden in 166 von insgesamt 800 Einrichtungen und Diensten der Wohnungslosenhilfe freier Träger statistisch erfasst. Sie beziehen sich im Wesentlichen auf alleinstehende Wohnungslose, für wohnungslose Familien liegen vergleichbare Daten nicht vor. Danach waren im Jahr 2010 76 Prozent der alleinstehenden Wohnungslosen Männer und 24 Prozent Frauen.

61. Wie hoch war der Anteil von Frauen in stationären Einrichtungen der Altenpflege sowie in Pflege- und Betreuungseinrichtungen für Menschen mit Behinderung in den Jahren 1990, 2000 und 2010?

Der Bundesregierung liegen hierzu lediglich Daten zur Anzahl der Leistungsempfänger, die stationär betreut werden, d. h. vom Medizinischen Dienst als Pflegebedürftige im Sinne des SGB XI eingestuft worden sind, vor. Da die Pflegeversicherung erst im Jahr 1995 eingeführt wurde, liegen für das Jahr 1990 keine Daten vor. Zum Jahresende 2000 wurden 430 808 Frauen, die Leistungen der sozialen Pflegeversicherung beziehen, in Heimen stationär betreut. Dies entspricht einem Anteil von 76,7 Prozent. Zum Jahresende 2010 waren es 516 334 Frauen; dies entspricht einem Anteil von 72,7 Prozent.

Angaben zum Anteil von Frauen in Pflege- und Betreuungseinrichtungen für Menschen mit Behinderung können aufgrund der vorhandenen statistischen Daten nur gemacht werden, soweit sie Empfängerinnen von Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (Sechstes Kapitel) nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) waren. Hierzu bietet die nachstehende Tabelle einen Überblick.

Empfängerinnen und Empfänger von Eingliederungshilfe für behinderte Menschen in Einrichtungen, 1990, 2000 und 2010

Jahr	Insgesamt	Frauen	Frauenanteil
1990 (nur alte Länder und Westberlin)	215.307	86.388	40,1%
2000	392.148	153.503	39,1%
2010	505.897	200.247	39,6%

Quelle: Statistisches Bundesamt

**Kleine Anfrage der Abgeordneten Yvonne Ploetz u. a. und der Fraktion DIE LINKE****- Drucksache 17/12360 vom 18.02.2013****Ausgewählte Lebenslagen von Frauen in Deutschland**

- Anlagen -

Anlage 1 (zu Frage 1)

Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung nach Bundesländern, 1990, 2000 und 2010

Bundesland	1990		2000		2010	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
Baden-Württemberg	5.038.375 51,3%	4.783.652 48,7%	5.367.007 51%	5.157.408 49%	5.457.631 50,8%	5.296.249 49,2%
Bayern	5.893.101 51,5%	5.555.722 48,5%	6.255.972 51,2%	5.974.283 48,8%	6.380.257 50,9%	6.158.439 49,1%
Berlin	1.803.129 52,5%	1.630.566 47,5%	1.738.635 51,4%	1.643.534 48,6%	1.765.287 51%	1.695.438 49%
Brandenburg	1.331.852 51,7%	1.246.460 48,3%	1.318.530 50,7%	1.283.432 49,3%	1.262.720 50,4%	1.240.553 49,6%
Bremen	355.441 52,1%	326.224 47,9%	341.958 51,8%	318.267 48,2%	338.766 51,3%	321.940 48,7%
Hamburg	867.873 52,5%	784.490 47,5%	884.167 51,5%	831.225 48,5%	912.736 51,1%	873.712 48,9%
Hessen	2.959.597 51,4%	2.803.713 48,6%	3.094.637 51%	2.973.492 49%	3.090.494 50,9%	2.976.527 49,1%
Mecklenburg-Vorpommern	989.038 51,4%	934.921 48,6%	898.005 50,6%	877.698 49,4%	829.044 50,5%	813.283 49,5%
Niedersachsen	3.799.175 51,4%	3.588.070 48,6%	4.050.197 51,1%	3.875.996 48,9%	4.024.532 50,8%	3.893.761 49,2%
Nordrhein-Westfalen	8.982.190 51,8%	8.367.461 48,2%	9.253.209 51,4%	8.756.656 48,6%	9.133.296 51,2%	8.711.858 48,8%
Rheinland-Pfalz	1.938.182 51,5%	1.825.328 48,5%	2.057.743 51%	1.976.814 49%	2.036.639 50,9%	1.967.106 49,1%
Saarland	554.932 51,7%	518.031 48,3%	550.475 51,5%	518.228 48,5%	522.361 51,3%	495.206 48,7%

Bundesland	1990		2000		2010	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
Sachsen	2.519.573 52,9%	2.244.728 47,1%	2.280.905 51,5%	2.144.676 48,5%	2.117.847 51%	2.031.630 49%
Sachsen-Anhalt	1.504.113 52,3%	1.369.844 47,7%	1.344.116 51,4%	1.271.259 48,6%	1.190.888 51%	1.144.118 49%
Schleswig-Holstein	1.351.747 51,5%	1.274.380 48,5%	1.426.144 51,1%	1.363.617 48,9%	1.445.347 51%	1.388.912 49%
Thüringen	1.364.932 52,3%	1.246.387 47,7%	1.241.304 51,1%	1.189.951 48,9%	1.131.332 50,6%	1.103.693 49,4%
Deutschland gesamt	41.253.250 51,7%	38.499.977 48,3%	42.103.004 51,2%	40.156.536 48,8%	41.639.177 50,9%	40.112.425 49,1%

Quelle: Statistisches Bundesamt

## Anlage 2 (zu Frage 4)

Durchschnittsalter von Frauen nach Bundesländern, 1990, 2000 und 2010, in Jahren

Bundesland	1990	2000	2010
Baden-Württemberg	40,7	41,7	44,0
Bayern	41,2	42,2	44,2
Berlin	41,5	42,9	44,1
Brandenburg	39,2	43,1	47,2
Bremen	43,6	44,5	45,4
Hamburg	44,0	43,6	43,7
Hessen	41,8	42,6	44,6
Mecklenburg-Vorpommern	37,8	42,6	47,1
Niedersachsen	41,9	42,5	44,9
Nordrhein-Westfalen	41,7	42,6	44,7
Rheinland-Pfalz	41,9	42,7	45,1
Saarland	42,3	44,0	46,6
Sachsen	41,8	45,2	48,0
Sachsen-Anhalt	40,6	44,5	48,4
Schleswig-Holstein	42,3	43,1	45,2
Thüringen	40,0	43,9	47,7

Quelle: Statistisches Bundesamt

## Anlage 3 (zu Frage 6)

## Wanderungssaldo bei Frauen nach Bundesländern, 1991 bis 2011

Bundesland	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Baden-Württemberg	57068	11238	38810	21929	23089	25483	8887
Bayern	35652	8827	35324	18284	19594	11571	-1678
Berlin	10861	-133	14030	7816	9436	6388	588
Brandenburg	4043	9362	9349	4838	4747	6360	5996
Bremen	1462	-135	1727	1169	1584	1057	430
Hamburg	6951	521	6722	4350	3786	3484	962
Hessen	21966	3726	22053	9157	12565	7777	-17
Mecklenburg- Vorpommern	696	626	2210	2501	1742	519	-155
Niedersachsen	43459	21624	19010	39554	49078	38476	33326
Nordrhein-Westfalen	45854	8670	42762	33110	39875	29289	14718
Rheinland-Pfalz	11770	2582	10984	6094	5582	5783	3315
Saarland	2551	640	2670	2112	2303	1294	302
Sachsen	351	2690	8103	7649	6942	5523	3307
Sachsen-Anhalt	1289	684	5339	4346	2535	2606	863
Schleswig-Holstein	23800	25005	19993	15897	13548	3768	2448
Thüringen	751	1934	4716	3646	3980	3267	1427
Deutschland gesamt	268524	97861	243802	181734	200386	152645	74719

Bundesland	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Baden-Württemberg	9495	18564	9.636	14640	11540	6093	2698
Bayern	-9094	11646	12.137	20331	14006	10399	4713
Berlin	1216	4354	3.896	6636	15862	4507	5063
Brandenburg	4642	5013	1.724	1925	1887	1322	643
Bremen	438	570	886	1311	1822	1226	717
Hamburg	305	3761	4.092	3720	1085	2342	-1436
Hessen	-820	5222	5.550	4319	7259	3520	4400
Mecklenburg- Vorpommern	543	1333	1.160	1124	1178	1077	702
Niedersachsen	24431	37048	47.636	57660	51812	41494	34039
Nordrhein-Westfalen	7618	22130	9.890	21484	18706	13326	7560
Rheinland-Pfalz	463	689	1.129	4877	3375	2926	1856
Saarland	-399	1274	1.065	1438	1477	946	-161
Sachsen	2650	3476	1.129	3207	3320	2215	1384
Sachsen-Anhalt	700	1869	1.065	1856	1432	1122	63
Schleswig-Holstein	1285	2136	2.262	3290	2961	1770	718
Thüringen	1119	1847	778	1311	1062	913	345
Deutschland gesamt	44592	120941	10.6079	149129	138784	95198	63304

Bundesland	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Baden-Württemberg	4554	1640	2581	-2359	2679	7624	16.240
Bayern	7765	2691	5170	-2502	-1006	14347	23.906
Berlin	6389	4217	3150	1901	-2647	491	11.341
Brandenburg	569	356	377	-131	323	980	1.517
Bremen	891	494	638	240	193	170	1.390
Hamburg	1846	1057	2064	-3647	-1400	2151	3.508
Hessen	713	-4083	30	-2081	2026	4595	12.906
Mecklenburg- Vorpommern	468	461	453	40	-396	670	1.204
Niedersachsen	21855	6853	6912	1754	4281	6543	10.332
Nordrhein-Westfalen	7412	6695	7169	-2834	1012	13711	23.360
Rheinland-Pfalz	1266	588	2181	-471	864	3063	5.248
Saarland	324	386	337	435	181	986	1.253
Sachsen	1585	1178	365	-622	-662	491	1.962
Sachsen-Anhalt	531	348	172	-344	-5	818	665
Schleswig Holstein	1095	513	541	-1232	-312	1276	2.800
Thüringen	334	113	239	-302	382	742	1.224
Deutschland gesamt	57597	23281	32379	-12155	5513	58658	118.856

Quelle: Statistisches Bundesamt

## Anlage 4 (zu Frage 10)

## Anteil von Frauen mit Kindern nach Bundesländern, 1991, 2000 und 2010

Bundesland	1991		
	Frauen insgesamt in Tausend	Darunter Frauen mit Kindern in Tausend	Anteil von Frauen mit Kindern an Frauen insgesamt in %
Baden-Württemberg	3.733	1.657	44,4
Bayern	4.367	1.942	44,5
Berlin	1.408	503	35,7
Brandenburg	959	472	49,2
Bremen	284	97	35,1
Hamburg	707	223	31,5
Hessen	2.238	942	42,1
Mecklenburg- Vorpommern	691	373	54
Niedersachsen	2.843	1.194	42
Nordrhein-Westfalen	6.772	2.791	41,2
Rheinland-Pfalz	1.450	646	44,5
Saarland	420	178	42,4
Sachsen	1.885	814	43,2
Sachsen-Anhalt	1.120	519	46,3
Schleswig-Holstein	1.023	413	40,4
Thüringen	995	483	48,6
Deutschland gesamt	30.895	13.244	42,9



Bundesland	2000		
	Frauen insgesamt  in Tausend	Darunter Frauen mit Kindern  in Tausend	Anteil von Frauen mit Kindern an Frauen insgesamt  in %
Baden-Württemberg	3.970	1.644	41,4
Bayern	4.649	1.920	41,3
Berlin	1.398	437	31,2
Brandenburg	1.017	441	43,3
Bremen	282	85	30
Hamburg	711	216	30,4
Hessen	2.361	914	38,7
Mecklenburg- Vorpommern	699	289	41,3
Niedersachsen	3.086	1.167	37,8
Nordrhein-Westfalen	7.077	2.617	37
Rheinland-Pfalz	1.568	629	40,1
Saarland	428	160	37,4
Sachsen	1.804	702	38,9
Sachsen-Anhalt	1.068	415	38,8
Schleswig-Holstein	1.099	397	36,
Thüringen	946	412	42,8
Deutschland gesamt	32.181	12.443	38,7

Bundesland	2010		
	Frauen insgesamt  in Tausend	Darunter Frauen mit Kindern  in Tausend	Anteil von Frauen mit Kindern an Frauen insgesamt  in %
Baden-Württemberg	4.134	1.582	38,3
Bayern	4.844	1.842	38
Berlin	1.433	402	28,1
Brandenburg	1.026	355	34,6
Bremen	276	80	29,1
Hamburg	734	222	30,3
Hessen	2.392	874	36,5
Mecklenburg- Vorpommern	679	215	31,5
Niedersachsen	3.110	1.085	34,9
Nordrhein-Westfalen	7.051	2.503	35,5
Rheinland-Pfalz	1.570	577	36,8
Saarland	406	151	37,3
Sachsen	1.756	525	29,9
Sachsen-Anhalt	980	309	31,6
Schleswig-Holstein	1.116	379	34
Thüringen	914	311	34,1
Deutschland gesamt	32.422	11.413	35,2

Quelle: Statistisches Bundesamt

## Anlage 5 (zu Frage 11)

Anteil lediger, verheirateter und verwitweter Frauen an allen Frauen nach alten und neuen Bundesländern, 1990

	1990				
	Weibliche Bevölkerung gesamt	Frauen ledig	Frauen verheiratet	Frauen verwitwet	Frauen geschieden
Alte Bundesländer	32.874.754	11.382.553 34,6%	15.374.264 46,8%	4.577.604 13,9%	1.540.333 4,7%
Neue Bundesländer	8.378.496	2.758.830 32,9%	3.965.344 47,3%	1.077.036 12,9%	577.286 6,9%

Quelle: Statistisches Bundesamt

Anteil lediger, verheirateter und verwitweter Frauen an allen Frauen nach Bundesländern,  
2000 und 2010

Bundesland	2000				
	Weibliche Bevölkerung gesamt	Frauen ledig	Frauen verheiratet	Frauen verwitwet	Frauen geschieden
Baden- Württemberg	5.367.007	2.028.930 37,8%	2.455.437 45,8%	599.828 11,2%	282.812 5,3%
Bayern	6.255.972	2.356.548 37,7%	2.794.045 44,7%	748.284 12%	357.095 5,7%
Berlin	1.738.635	717.074 41,2%	648.333 37,3%	193.926 11,2%	179.302 10,3%
Brandenburg	1.318.530	451.123 34,2%	606.559 46,0%	162.836 12,3%	98.012 7,4%
Bremen	341.958	125.770 36,8%	139.274 40,7%	47.989 14%	28.925 8,5%
Hamburg	884.167	346.827 39,2%	351.859 39,8%	107.331 12,1%	78.150 8,8%
Hessen	3.094.637	1.109.424 35,8%	1.412.469 45,6%	377.214 12,2%	195.530 6,3%
Mecklenburg- Vorpommern	898.005	319.853 35,6%	405.351 45,1%	109.423 12,2%	63.378 7,1%
Niedersachsen	4.050.197	1.435.370 35,4%	1.872.223 46,2%	519.344 12,8%	223.260 5,5%
Nordrhein- Westfalen	9.253.209	3.278.141 35,4%	4.246.191 45,9%	1.177.233 12,7%	550.644 6,0%
Rheinland-Pfalz	2.057.743	696.226 33,8%	958.501 47,9%	259.036 12,6%	116.980 5,7%
Saarland	550.475	177.375 32,2%	258.146 46,9%	79.409 14,4%	35.545 6,5%
Sachsen	2.280.905	756.328 33,2%	1.057.331 46,4%	303.899 13,3%	163.347 7,2%

Bundesland	2000				
	Weibliche Bevölkerung gesamt	Frauen ledig	Frauen verheiratet	Frauen verwitwet	Frauen geschieden
Sachsen-Anhalt	1.344.116	440.653 32,8%	625.678 46,5%	180.594 13,4%	97.191 7,2%
Schleswig- Holstein	1.426.144	502.265 35,2%	646.735 45,3%	180.684 12,7%	96.460 6,8%
Thüringen	1.241.304	414.868 33,4%	582.296 46,9%	157.754 12,7%	86.386 7,0%
Deutschland gesamt	42.103.004	15.157.775 36,0%	19.087.428 45,3%	5.204.783 12,4%	2.653.017 6,3%

Bundesland	2010				
	Weibliche Bevölkerung gesamt	Frauen ledig	Frauen verheiratet	Frauen verwitwet	Frauen geschieden
Baden- Württemberg	5.457.631	2.136.975 39,2%	2.387.324 43,7%	552.287 10,1%	381.045 7,0%
Bayern	6.380.257	2.564.733 40,2%	2.615.679 41,0%	668.390 10,5%	531.455 8,3%
Berlin	1.765.287	835.617 47,3%	566.498 32,1%	16.4041 9,3%	19.9131 11,3%
Brandenburg	1.262.720	426.432 33,8%	559.951 44,2%	155.525 12,3%	120.812 9,6%
Bremen	338.766	141.594 41,8%	121.847 36,0%	41.013 12,1%	34.312 10,1%
Hamburg	912.736	414.078 45,4%	324.057 35,5%	87.738 9,6%	86.863 9,5%
Hessen	3.090.494	1.185.328 38,4%	1.297.510 42,0%	340.796 11,0%	266.860 8,6%
Mecklenburg- Vorpommern	829.044	289.681 34,9%	356.051 42,9%	103.490 12,5%	79.822 9,6%
Niedersachsen	4.024.532	1.471.607 36,6%	1.752.972 43,6%	473.337 11,8%	326.616 8,1%
Nordrhein- Westfalen	9.133.296	3.420.197 37,4%	3.916.543 42,9%	1.068.312 11,7%	728.244 8,0%
Rheinland-Pfalz	2.036.639	723.491 35,5%	899.237 44,2%	230.411 11,3%	183.500 9,0%
Saarland	522.361	173.912 33,3%	230.501 44,1%	71.917 13,8%	46.031 8,8%
Sachsen	2.117.847	736.467 34,8%	924.789 43,7%	278.533 13,2%	178.058 8,4%
Sachsen-Anhalt	1.190.888	394.126 33,1%	518.878 43,6%	163.910 13,8%	113.974 9,6%

Bundesland	2010				
	Weibliche Bevölkerung gesamt	Frauen ledig	Frauen verheiratet	Frauen verwitwet	Frauen geschieden
Schleswig- Holstein	1.445.347	535.136 37,0%	605.300 41,9%	162.335 11,2%	142.576 9,9%
Thüringen	1.131.332	382.266 33,8%	500.286 44,2%	144.757 12,8%	104.023 9,2%
Deutschland gesamt	41.639.177	15.831.640 38,0%	17.577.423 42,2%	4.706.792 11,3%	3.523.322 8,5%

Quelle: Statistisches Bundesamt

## Anlage 6 (zu Frage 12)

Anteil an alleinerziehenden Frauen mit Kindern an der Gesamtzahl der Frauen mit Kindern unter 15 Jahren nach Bundesländern, 1991, 2000 und 2010

Bundesland	1991		
	Frauen mit Kindern unter 15 Jahren insgesamt in Tausend	Darunter allein erziehende Frauen mit Kindern unter 15 Jahren in Tausend	Anteil an Frauen mit Kindern unter 15 Jahren insgesamt in %
Baden-Württemberg	964		
Bayern	1.148		
Berlin	354		
Brandenburg	319		
Bremen	60		
Hamburg	129		
Hessen	544		
Mecklenburg-Vorpommern	256		
Niedersachsen	676		
Nordrhein-Westfalen	1612		
Rheinland-Pfalz	368		
Saarland	101		
Sachsen	550		
Sachsen-Anhalt	355		
Schleswig-Holstein	238		
Thüringen	326		
Deutschland gesamt	7.998		



Bundesland	2000		
	Frauen mit Kindern unter 15 Jahren insgesamt in Tausend	Darunter allein erziehende Frauen mit Kindern unter 15 Jahren in Tausend	Anteil an Frauen mit Kindern unter 15 Jahren insgesamt in %
Baden-Württemberg	1.039	112	10,8
Bayern	1.195	136	11,4
Berlin	291	75	25,7
Brandenburg	254	47	18,3
Bremen	57	14	24,6
Hamburg	143	26	18,4
Hessen	587	70	11,9
Mecklenburg- Vorpommern	161	35	21,7
Niedersachsen	757	92	12,2
Nordrhein-Westfalen	1.710	204	11,9
Rheinland-Pfalz	383	45	11,6
Saarland	94	12	13
Sachsen	395	65	16,5
Sachsen-Anhalt	237	41	17,3
Schleswig-Holstein	268	34	12,6
Thüringen	224	37	16,5
Deutschland gesamt	7.795	1.044	13,4

Bundesland	2010		
	Frauen mit Kindern unter 15 Jahren insgesamt in Tausend	Darunter allein erziehende Frauen mit Kindern unter 15 Jahren in Tausend	Anteil an Frauen mit Kindern unter 15 Jahren insgesamt in %
Baden-Württemberg	927	126	13,6
Bayern	1.077	146	13,6
Berlin	264	76	28,9
Brandenburg	194	43	22,2
Bremen	50	12	24
Hamburg	141	37	26,5
Hessen	518	76	14,7
Mecklenburg-Vorpommern	121	28	23,5
Niedersachsen	682	116	16,9
Nordrhein-Westfalen	1.521	242	15,9
Rheinland-Pfalz	331	56	16,9
Saarland	80	14	17,6
Sachsen	300	66	22,1
Sachsen-Anhalt	167	42	25,2
Schleswig-Holstein	242	45	18,5
Thüringen	166	35	20,9
Deutschland gesamt	6.781	1.160	17,1

Quelle: Statistisches Bundesamt

Angaben zu Frauen mit Kindern unter 15 Jahren liegen für die neuen Bundesländer erst seit dem Jahr 1991 vor. Deshalb werden die Daten für dieses Jahr und nicht wie gewünscht für 1990 angegeben.

Angaben zu allein erziehenden Frauen mit Kindern unter 15 Jahren liegen erst seit dem Jahr 1996 vor.

## Anlage 7 (zu Frage 13)

Erwerbstätige Frauen sowie Erwerbstätigenquote von Frauen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren nach Bundesländern, 1991, 2000 und 2010

Bundesland	Erwerbstätige Frauen			Erwerbstätigenquote <sup>1</sup>		
	1991*	2000**	2010**	1991*	2000**	2010**
	in 1000			in 1000		
Baden-Württemberg	1 958	2 106	2.419	58,8	60,9	68,3
Bayern	2 404	2 539	2.850	61,8	62,3	68,7
Berlin	766	679	738	65,2	57,2	63,5
Brandenburg	581	515	578	66,8	57,1	70,9
Bremen	120	124	138	51,9	55,1	63,5
Hamburg	341	360	410	59,1	60,6	67,6
Hessen	1 084	1 182	1.314	55,3	58,6	65,6
Mecklenburg-Vorpommern	416	345	363	65,5	57,0	68,7
Niedersachsen	1 281	1 449	1.657	51,4	56,1	64,9
Nordrhein-Westfalen	2 863	3 185	3.588	48,0	53,6	61,5
Rheinland-Pfalz	675	762	859	53,3	57,6	66,4
Saarland	169	189	203	46,1	52,9	60,8
Sachsen	1 058	862	900	66,9	58,0	69,1
Sachsen-Anhalt	646	474	506	66,7	54,2	68,7
Schleswig-Holstein	495	533	606	55,8	58,6	66,8
Thüringen	579	490	504	65,5	59,5	70,4
Deutschland	15 437	15 793	17.633	57,0	57,7	66,0

Quelle: Statistisches Bundesamt

Ergebnisse des Mikrozensus

\* Berichtswoche

\*\* Jahresdurchschnitt

<sup>1</sup> Anteil der Erwerbstätigen Frauen an der weiblichen Bevölkerung je Bundesland

## Anlage 8 (zu Frage 14)

Selbstständige nach Geschlecht und Bundesländern, 1991, 2000 und 2010, in Tausend

Bundesland	Jahr <sup>1</sup>	Selbstständige		
		insgesamt	weiblich	Anteil in %
Baden-Württemberg	1991	427	100	23,4
	2000	482	128	26,6
	2010	552	170	30,8
Bayern	1991	592	148	25,0
	2000	682	182	26,7
	2010	769	238	30,9
Berlin	1991	127	36	28,3
	2000	180	57	31,7
	2010	264	91	34,5
Brandenburg	1991	60	17	28,3
	2000	103	31	30,1
	2010	137	43	31,4
Bremen	1991	21	6	28,6
	2000	25	6	24,0
	2010	30	10	33,3
Hamburg	1991	79	24	30,4
	2000	98	33	33,7
	2010	129	45	34,9
Hessen	1991	247	65	26,3
	2000	292	85	29,1
	2010	325	106	32,6
Mecklenburg-Vorpommern	1991	35	9	25,7
	2000	58	18	31,0
	2010	73	26	35,6
Niedersachsen	1991	290	65	22,4
	2000	331	90	27,2
	2010	364	110	30,2
Nordrhein-Westfalen	1991	617	163	26,4
	2000	700	187	26,7
	2010	838	261	31,1
Rheinland-Pfalz	1991	165	41	24,8
	2000	183	50	27,3
	2010	196	61	31,1
Saarland	1991	36	11	30,6
	2000	41	11	26,8
	2010	40	12	30,0
Sachsen	1991	104	26	25,0
	2000	172	51	29,7
	2010	210	68	32,4
Sachsen-Anhalt	1991	63	21	33,3
	2000	70	21	30,0
	2010	84	28	33,3

Bundesland	Jahr <sup>1</sup>	Selbstständige		
		insgesamt	weiblich	Anteil in %
Schleswig-Holstein	1991	119	31	26,1
	2000	136	35	25,7
	2010	142	41	28,9
Thüringen	1991	54	14	25,9
	2000	89	26	29,2
	2010	106	33	31,1
Deutschland	1991	3.037	780	25,7
	2000	3.643	1.012	27,8
	2010	4.259	1.343	31,5

Quelle: Statistisches Bundesamt

Ergebnisse des Mikrozensus

<sup>1</sup> ab 2005 Jahresdurchschnitt

## Anlage 9 (zu Frage 19)

Ausschließlich geringfügig beschäftigte Frauen am Arbeitsort nach Bundesländern, 2000, 2005 und 2010

Bundesland	2000	
	ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigte	ausschließlich kurzfristig Beschäftigte
Deutschland	2.873.105	
Schleswig-Holstein	103.147	
Hamburg	56.736	
Niedersachsen	304.779	
Bremen	27.356	
Nordrhein-Westfalen	746.407	
Hessen	224.741	
Rheinland-Pfalz	155.784	
Baden-Württemberg	431.423	
Bayern	469.657	
Saarland	46.597	
Berlin	61.862	
Brandenburg	41.283	
Mecklenburg-Vorpommern	28.849	
Sachsen	88.134	
Sachsen-Anhalt	41.320	
Thüringen	45.030	

Bundesland	2005	
	ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigte	ausschließlich kurzfristig Beschäftigte
Deutschland	3.187.410	171.130
Schleswig-Holstein	112.302	5.594
Hamburg	62.871	2.004
Niedersachsen	343.295	15.898
Bremen	30.765	808
Nordrhein-Westfalen	820.909	32.347
Hessen	241.309	9.670
Rheinland-Pfalz	174.502	11.006
Baden-Württemberg	463.149	27.985
Bayern	513.758	28.387
Saarland	50.299	995
Berlin	73.797	3.636
Brandenburg	52.266	4.847
Mecklenburg-Vorpommern	36.711	4.099
Sachsen	106.143	14.483
Sachsen-Anhalt	50.849	5.011
Thüringen	54.485	4.360

Bundesland	2010	
	ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigte	ausschließlich kurzfristig Beschäftigte
Deutschland	3.260.153	183.521
Schleswig-Holstein	114.520	5.414
Hamburg	63.249	1.313
Niedersachsen	350.578	19.037
Bremen	29.510	1.444
Nordrhein-Westfalen	841.010	33.477
Hessen	248.821	10.220
Rheinland-Pfalz	174.686	12.762
Baden-Württemberg	473.566	30.288
Bayern	525.401	33.634
Saarland	48.586	1.137
Berlin	81.849	5.018
Brandenburg	57.669	5.236
Mecklenburg-Vorpommern	36.918	3.762
Sachsen	105.498	12.431
Sachsen-Anhalt	54.062	3.497
Thüringen	54.230	4.851

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Für das Jahr 2000 liegen nur Angaben zu den ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten vor.



## Anlage 10 (zu Frage 20)

Arbeitsuchende sind Personen, die eine Beschäftigung als Arbeitnehmer/in im In- oder Ausland suchen und sich wegen der Vermittlung in ein entsprechendes Beschäftigungsverhältnis bei einer Agentur für Arbeit oder einem Jobcenter gemeldet haben. Dies gilt auch, wenn sie bereits eine Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit ausüben (§15 Drittes Buch Sozialgesetzbuch - SGB III). Die Gesamtheit der Arbeitsuchenden umfasst also sowohl die arbeitslosen als auch die nichtarbeitslosen Arbeitsuchenden.

Bestand an arbeitsuchenden Frauen nach Bundesländern, Jahresdurchschnitte 1990, 2000 und 2010

Bundesland	1990	
	Gesamt	davon Frauen
Schleswig-Holstein	118315	52406
Hamburg	95381	40133
Niedersachsen	363367	177214
Bremen	49337	21536
Nordrhein-Westfalen	829128	390223
Hessen	181388	92848
Rheinland-Pfalz	121846	60820
Baden-Württemberg	238783	124444
Bayern	309558	159678
Saarland	54286	21223
Berlin (West)	120483	51837
Deutschland (West)	2481872	1192362

Bundesland	2000	
	Gesamt	darunter Frauen
Gesamt	4.888.650	2.329.193
Deutschland	4.888.650	2.329.193
Westdeutschland	2.923.859	1.322.781
Schleswig-Holstein	138.980	59.269
Hamburg	86.647	34.769
Niedersachsen	447.284	205.110
Bremen	48.369	19.512
Nordrhein-Westfalen	935.962	406.359
Hessen	256.504	115.754
Rheinland-Pfalz	169.872	78.431
Baden-Württemberg	355.746	174.250
Bayern	424.967	204.270
Saarland	59.528	25.057
Ostdeutschland	1.964.791	1.006.412
Berlin	318.774	139.290
Brandenburg	291.952	151.417
Mecklenburg-Vorpommern	226.079	116.833
Sachsen	508.220	265.468
Sachsen-Anhalt	353.444	188.451
Thüringen	266.322	144.953

Bundesland	2010	
	Gesamt	darunter Frauen
Gesamt	5.746.635	2.673.765
Ausland	1.729	713
Deutschland	5.744.907	2.673.053
Westdeutschland	3.900.878	1.818.263
Schleswig-Holstein	189.683	87.223
Hamburg	142.308	65.281
Niedersachsen	530.860	248.749
Bremen	66.570	30.272
Nordrhein-Westfalen	1.309.065	599.464
Hessen	357.861	169.036
Rheinland-Pfalz	214.568	99.521
Baden-Württemberg	479.532	228.987
Bayern	542.191	258.424
Saarland	68.241	31.306
Ostdeutschland	1.844.028	854.789
Berlin	425.353	190.725
Brandenburg	269.212	124.961
Mecklenburg-Vorpommern	205.998	94.023
Sachsen	442.584	207.788
Sachsen-Anhalt	284.921	134.473
Thüringen	215.961	102.821

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Ergebnisse aus dem Wiedervereinigungsjahr 1990 liegen nur für die alten Länder (einschl. Berlin-West) vor.

## Anlage 11 (zu den Fragen 23 und 24)

## Bildungsstand von Frauen (Schulabschluss) nach Bundesländern, 2000 und 2010

Bundesland	2000				
	in 1000				
	in Prozent				
	Frauen im Erwerbsalter insgesamt	Hauptschulabschluss	Realschulabschluss	Fachhochschul-/Hochschulreife	ohne allgemeinen Schulabschluss
Baden-Württemberg	3.457	1.374	882	643	112
	100	42,1	27,0	19,7	3,4
Bayern	4.075	1.824	994	655	95
	100	47,6	25,9	17,1	2,5
Berlin	1.187	258	258	332	50
	100	22,7	22,7	29,2	4,4
Brandenburg	902	187	73	147	10
	100	21,1	8,3	16,6	1,1
Bremen	225	80	56	48	9
	100	38,0	26,7	22,9	4,2
Hamburg	594	154	147	165	20
	100	29,1	27,7	31,2	3,8
Hessen	2.016	687	572	438	53
	100	36,3	30,2	23,1	2,8
Mecklenburg-Vorpommern	605	135	57	87	8
	100	22,6	9,6	14,5	1,3
Niedersachsen	2.584	1.008	746	440	65
	100	41,3	30,5	18,0	2,7
Nordrhein-Westfalen	5.947	2.450	1.313	1.242	214
	100	43,3	23,2	21,9	3,8
Rheinland-Pfalz	1.323	618	321	213	34
	100	49,0	25,4	16,9	2,7
Saarland	357	183	69	55	8
	100	54,0	20,4	16,3	2,5
Sachsen	1.486	297	124	265	7
	100	20,3	8,5	18,2	0,5
Sachsen-Anhalt	875	192	77	120	9
	100	22,6	9,1	14,2	1,1
Schleswig-Holstein	908	318	271	163	22
	100	37,6	32,0	19,3	2,6
Thüringen	823	185	66	122	k.A.
	100	23,4	8,3	15,5	k.A.
Deutschland	27.367	9.949	6.026	5.135	719
	100	38,3	23,2	19,8	2,8

Bundesland	2010				
	in 1000				
	in Prozent				
	Frauen im Erwerbsalter insgesamt	Hauptschul- abschluss	Realschul- abschluss	Fachhochschul- /Hochschulreife	ohne allgemeinen Schulabschluss
Baden- Württemberg	3.540 100	1.041 29,4	1.117 31,6	995 28,1	111 3,1
Bayern	4.151 100	1.496 36,0	1.224 29,5	1.041 25,1	104 2,5
Berlin	1.164 100	149 12,8	252 21,7	497 42,7	69 5,9
Brandenburg	815 100	48 5,9	120 14,7	229 28,0	11 1,4
Bremen	217 100	45 20,6	59 27,1	83 38,4	14 6,5
Hamburg	607 100	102 16,8	156 25,7	273 44,9	29 4,8
Hessen	2.002 100	476 23,7	640 31,9	664 33,2	70 3,5
Mecklenburg- Vorpommern	529 100	46 8,6	88 16,7	119 22,6	5 1,0
Niedersachsen	2.554 100	684 26,8	921 36,0	668 26,1	87 3,4
Nordrhein- Westfalen	5.833 100	1.720 29,5	1.517 26,0	1.846 31,6	309 5,3
Rheinland-Pfalz	1.294 100	440 34,0	384 29,7	340 26,2	47 3,6
Saarland	334 100	129 38,7	84 25,2	90 26,8	12 3,7
Sachsen	1.302 100	64 4,9	199 15,3	349 26,8	10 0,8
Sachsen-Anhalt	736 100	48 6,5	123 16,7	168 22,9	9 1,2
Schleswig- Holstein	907 100	247 27,2	317 34,9	238 26,2	29 3,1
Thüringen	716 100	39 5,5	111 15,5	175 24,4	6 0,9
Deutschland	26700 100	6.772 25,4	7.313 27,4	7.773 29,1	924 3,5

## Anlage 12 (zu den Fragen 25 und 26)

## Bildungsstand von Frauen (Hochschul- bzw. Berufsabschluss) nach Bundesländern, 2000 und 2010

Bundesland	2000					
	in 1000					
	in Prozent					
	Frauen im Erwerbsalter insgesamt	Facharbeiterabschluss <sup>1</sup>	Fachschulabschluss <sup>2</sup>	Fachhochschulabschluss <sup>3</sup>	Hochschulabschluss <sup>4</sup>	ohne beruflichen Bildungsabschluss
Baden-Württemberg	3.457 100	1.538 48,0	174 5,4	118 3,7	147 4,6	1.144 35,7
Bayern	4.075 100	1.943 52,0	203 5,4	111 3,0	186 5,0	1.178 31,5
Berlin	1.187 100	484 43,0	66 5,8	64 5,7	109 9,7	325 28,9
Brandenburg	902 100	467 53,1	40 4,5	38 4,3	41 4,6	180 20,5
Bremen	225 100	97 48,1	8 3,9	7 3,6	10 5,1	69 33,9
Hamburg	594 100	246 48,9	20 3,9	23 4,6	44 8,8	149 29,5
Hessen	2.016 100	954 51,4	95 5,1	57 3,1	121 6,5	583 31,4
Mecklenburg-Vorpommern	605 100	318 53,4	24 4,0	22 3,7	22 3,8	139 23,3
Niedersachsen	2.584 100	1.313 55,2	102 4,3	62 2,6	115 4,8	734 30,9
Nordrhein-Westfalen	5.947 100	2.904 52,7	195 3,5	156 2,8	281 5,1	1.811 32,8
Rheinland-Pfalz	1.323 100	658 52,9	53 4,2	33 2,6	51 4,1	429 34,5
Saarland	357 100	181 55,0	10 3,0	7 2,2	13 3,8	111 33,7
Sachsen	1.486 100	807 55,7	72 4,9	54 3,7	76 5,3	262 18,1
Sachsen-Anhalt	875 100	477 56,7	35 4,1	35 4,1	30 3,6	173 20,5
Schleswig-Holstein	908 100	466 56,8	41 5,0	24 2,9	41 5,0	221 26,9
Thüringen	823 100	425 54,9	35 4,6	31 4,0	34 4,4	145 18,7
Deutschland	27.367 100	13.279 52,2	1.170 4,6	842 3,3	1.322 5,2	7.652 30,1

Bundesländer	2010					
	in 1000					
	in Prozent					
	Frauen im Erwerbsalter insgesamt	Facharbeiter-abschluss <sup>1</sup>	Fachschulabschluss <sup>2</sup>	Fachhochschulabschluss <sup>3</sup>	Hochschulabschluss <sup>4</sup>	ohne beruflichen Bildungsabschluss
Baden-Württemberg	3.540 100	1.734 49,0	209 5,9	167 4,7	271 7,7	1.112 31,4
Bayern	4.151 100	2.161 52,1	272 6,6	154 3,7	336 8,1	1.142 27,5
Berlin	1.164 100	445 38,2	50 4,3	62 5,3	206 17,7	351 30,2
Brandenburg	815 100	453 55,5	40 5,0	43 5,3	59 7,2	132 16,2
Bremen	217 100	93 43,0	7 3,3	11 5,2	24 10,9	74 34,2
Hamburg	607 100	265 43,7	19 3,1	34 5,5	88 14,5	179 29,6
Hessen	2.002 100	980 48,9	86 4,3	95 4,8	205 10,2	602 30,0
Mecklenburg-Vorpommern	529 100	312 59,1	20 3,7	24 4,6	33 6,3	85 16,1
Niedersachsen	2.554 100	1.385 54,2	93 3,6	96 3,8	189 7,4	761 29,8
Nordrhein-Westfalen	5.833 100	2.898 49,7	200 3,4	226 3,9	449 7,7	1.987 34,1
Rheinland-Pfalz	1.294 100	671 51,9	53 4,1	53 4,1	90 7,0	412 31,8
Saarland	334 100	178 53,2	12 3,7	10 3,1	21 6,2	108 32,2
Sachsen	1.302 100	701 53,9	159 12,2	63 4,9	107 8,2	182 14,0
Sachsen-Anhalt	736 100	443 60,1	25 3,4	35 4,7	45 6,1	118 16,0
Schleswig-Holstein	907 100	501 55,2	42 4,6	30 3,4	71 7,9	242 26,6
Thüringen	716 100	418 58,4	35 4,9	29 4,1	52 7,2	105 14,7
Deutschland	26.700 100	13.637 51,1	1.322 5,0	1.134 4,2	2.245 8,4	7.593 28,4

<sup>1</sup> Einschl. eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses, Berufsvorbereitungsjahres oder eines beruflichen Praktikums.

<sup>2</sup> Einschl. einer Meister-/Technikerausbildung sowie Abschluss einer Schule des Gesundheitswesens. Ohne in der ehemaligen DDR erworbene Fachschulabschlüsse.

<sup>3</sup> Einschl. Ingenieurschulabschluss sowie Verwaltungsfachhochschulabschluss.

<sup>4</sup> Einschl. Lehrerausbildung.

## Anlage 13 (zu Frage 28)

Zugang von weiblichen Teilnehmern in berufliche Weiterbildung mit Abschluss (inkl. allgemeine Leistungen für behinderte Menschen) nach Bundesländern, 2000 bis 2011

Bundesland *	Maßnahmeergebnis	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Insgesamt, darunter	Insgesamt	45.114	43.757	47.046	35.291	20.663	7.513
	dar. erfolgreich teilgenommen	43.753	42.604	45.692	34.127	20.044	7.282
Schleswig-Holstein	Insgesamt	1.346	1.494	1.547	1.373	852	148
	dar. erfolgreich teilgenommen	1.296	1.455	1.491	1.334	833	144
Hamburg	Insgesamt	1.049	1.103	1.070	738	158	49
	dar. erfolgreich teilgenommen	1.012	1.061	1.028	720	154	47
Niedersachsen	Insgesamt	3.702	4.225	4.158	3.652	2.163	901
	dar. erfolgreich teilgenommen	3.560	4.077	3.981	3.482	2.093	865
Bremen	Insgesamt	429	420	467	399	222	161
	dar. erfolgreich teilgenommen	411	409	442	385	218	152
Nordrhein- Westfalen	Insgesamt	8.853	8.378	9.429	6.369	3.345	1.410
	dar. erfolgreich teilgenommen	8.583	8.151	9.175	6.183	3.231	1.376
Hessen	Insgesamt	3.302	2.668	3.205	2.593	1.466	266
	dar. erfolgreich teilgenommen	3.203	2.601	3.144	2.519	1.415	254
Rheinland-Pfalz	Insgesamt	1.443	1.757	1.809	1.405	744	224
	dar. erfolgreich teilgenommen	1.377	1.718	1.764	1.363	725	214
Baden-Württemberg	Insgesamt	3.290	3.584	4.119	2.180	1.496	634
	dar. erfolgreich teilgenommen	3.185	3.488	3.999	2.112	1.452	610
Bayern	Insgesamt	5.777	5.597	5.945	4.290	2.609	1.032
	dar. erfolgreich teilgenommen	5.593	5.418	5.749	4.146	2.513	998
Saarland	Insgesamt	582	577	600	515	278	28
	dar. erfolgreich teilgenommen	559	563	589	507	263	28
Berlin	Insgesamt	2.166	1.938	2.140	1.583	1.880	621
	dar. erfolgreich teilgenommen	2.106	1.901	2.093	1.537	1.831	614



Bundesland *	Maßnahmeergebnis	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Brandenburg	Insgesamt	2.425	2.105	2.090	1.652	1.437	390
	dar. erfolgreich teilgenommen	2.381	2.079	2.053	1.622	1.406	382
Mecklenburg- Vorpommern	Insgesamt	1.711	1.709	1.488	1.394	808	512
	dar. erfolgreich teilgenommen	1.635	1.645	1.423	1.275	775	493
Sachsen	Insgesamt	3.436	2.889	3.268	2.505	1.573	588
	dar. erfolgreich teilgenommen	3.375	2.845	3.206	2.457	1.540	577
Sachsen-Anhalt	Insgesamt	3.195	3.017	3.047	2.669	643	235
	dar. erfolgreich teilgenommen	3.116	2.949	2.964	2.577	629	226
Thüringen	Insgesamt	2.408	2.296	2.664	1.974	989	314
	dar. erfolgreich teilgenommen	2.361	2.244	2.591	1.908	966	302

Bundesland *	Maßnahmeergebnis	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Insgesamt, darunter	Insgesamt	8.490	11.910	14.585	22.167	25.665	17.991
	dar. erfolgreich teilgenommen	7.422	10.491	12.502	19.447	22.851	15.293
Schleswig- Holstein	Insgesamt	203	318	287	557	670	349
	dar. erfolgreich teilgenommen	195	296	255	523	620	329
Hamburg	Insgesamt	230	476	603	804	700	563
	dar. erfolgreich teilgenommen	227	470	575	777	671	542
Niedersachsen	Insgesamt	1.358	1.749	2.019	2.384	2.271	1.794
	dar. erfolgreich teilgenommen	1.155	1.486	1.621	1.895	1.869	1.487
Bremen	Insgesamt	221	415	432	494	436	321
	dar. erfolgreich teilgenommen	213	393	418	464	410	305
Nordrhein- Westfalen	Insgesamt	1.671	2.772	3.251	3.970	6.460	4.278
	dar. erfolgreich teilgenommen	1.392	2.406	2.848	3.611	5.858	3.772
Hessen	Insgesamt	425	485	574	1.079	1.519	1.060
	dar. erfolgreich teilgenommen	265	345	357	873	1.246	832
Rheinland-Pfalz	Insgesamt	192	159	198	370	358	362
	dar. erfolgreich teilgenommen	179	149	189	350	331	338

Bundesland *	Maßnahmeergebnis	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Baden-Württemberg	Insgesamt	412	827	899	1.228	1.728	1.426
	dar. erfolgreich teilgenommen	374	736	796	1.076	1.518	1.273
Bayern	Insgesamt	756	777	1.073	1.735	2.292	1.701
	dar. erfolgreich teilgenommen	711	722	1.014	1.637	2.173	1.587
Saarland	Insgesamt	89	65	49	226	204	140
	dar. erfolgreich teilgenommen	85	62	41	214	192	121
Berlin	Insgesamt	1.088	1.053	1.427	1.751	2.138	1.545
	dar. erfolgreich teilgenommen	1.068	1.022	1.398	1.703	2.065	1.500
Brandenburg	Insgesamt	454	445	695	1.340	1.211	771
	dar. erfolgreich teilgenommen	315	321	516	1.023	995	584
Mecklenburg-Vorpommern	Insgesamt	549	623	627	1.357	1.141	755
	dar. erfolgreich teilgenommen	484	546	575	1.266	1.071	697
Sachsen	Insgesamt	383	817	1.206	2.518	2.138	1.239
	dar. erfolgreich teilgenommen	361	713	858	1.873	1.687	764
Sachsen-Anhalt	Insgesamt	213	487	851	1.382	1.469	1.174
	dar. erfolgreich teilgenommen	164	416	677	1.234	1.349	728
Thüringen	Insgesamt	245	441	394	971	930	513
	dar. erfolgreich teilgenommen	233	407	364	927	796	434

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Bundesländer, Gebietsstand des jeweiligen Stichtags

2000 - 2012, Datenstand: Januar 2013

ab Januar 2006 inkl. Daten der zugelassenen kommunalen Träger

\* Die regionale Zuordnung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfolgt nach dem Wohnortprinzip; der Deutschland-Wert umfasst auch die ausländischen Wohnorte.

## Anhang 14 (zu Frage 29)

## Professorinnen im deutschen Hochschulwesen nach Bundesländern, 2000 und 2010

Bundesland	2000				
	C2 und entsprechende Besoldungsgruppen auf Zeit	C2 und entsprechende Besoldungsgruppen auf Dauer	C3	C4	insgesamt
Baden-Württemberg	20	158	171	94	443
Bayern	6	106	177	93	382
Berlin	4	125	149	70	348
Brandenburg	7	32	51	30	120
Bremen	0	13	43	21	77
Hamburg	2	58	97	39	196
Hessen	12	88	142	73	315
Mecklenburg-Vorpommern	5	24	46	18	93
Niedersachsen	17	137	168	77	399
Nordrhein-Westfalen	6	181	376	205	768
Rheinland-Pfalz	7	49	81	30	167
Saarland	1	8	20	12	41
Sachsen	7	98	122	48	275
Sachsen-Anhalt	10	42	75	28	155
Schleswig-Holstein	10	19	27	24	80
Thüringen	4	24	65	33	126
Deutschland	118	1.162	1.810	895	3.985

	2010							
	Junior- profes- suren, W1, AT	W2	W3	C2 und entsprechende Besoldungs- gruppen auf Zeit	C2 und entsprechende Besoldungs- gruppen auf Dauer	C3	C4	Insgesamt
Baden- Württemberg	44	236	268	38	183	192	96	1.057
Bayern	23	387	154	19	62	144	89	878
Berlin	90	218	78	33	122	120	68	729
Brandenburg	11	45	27	6	25	33	19	166
Bremen	2	52	30	15	13	22	11	145
Hamburg	29	95	57	15	35	64	27	322
Hessen	26	204	95	68	91	124	65	673
Mecklenburg- Vorpommern	6	32	15	1	28	29	17	128
Niedersachse n	56	329	110	17	87	140	59	798
Nordrhein- Westfalen	91	458	245	39	236	351	169	1.589
Rheinland- Pfalz	39	100	45	5	61	61	28	339
Saarland	4	26	24	0	8	9	9	80
Sachsen	7	92	44	18	92	83	36	372
Sachsen- Anhalt	2	50	10	2	34	61	22	181
Schleswig- Holstein	24	52	14	0	12	23	20	145
Thüringen	13	47	22	4	21	42	18	167
Deutschland	467	2.423	1.238	280	1.110	1.498	753	7.769

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, R 4.4, 2000 und 2010

## Anlage 15 (zu Frage 30)

Frauenanteil am Lehrpersonal in öffentlichen Schulen (allgemeinbildende und berufliche),  
2000 und 2010, in Prozent

Schulformen	2000			2010		
	Insgesamt	Status		Insgesamt	Status	
		öffentliche	private		öffentliche	private
Vorklassen	93,4	93,5	89,7	73,4	74,0	66,7
Schulkindergärten	92,7	93,6	88,0	93,4	94,1	91,7
Grundschulen	83,0	83,0	78,3	85,4	85,5	81,3
Schulartunabhängige Orientierungsstufe	70,7	70,8	67,9	80,0	80,5	72,4
Hauptschulen	53,1	53,0	56,8	62,2	62,2	62,2
Schularten mit mehreren Bildungsgängen	68,5	68,6	65,2	73,0	73,4	65,5
Realschulen	60,6	60,7	59,2	65,8	66,1	63,4
Gymnasien	48,3	48,3	48,0	56,7	56,9	55,1
Integrierte Gesamtschulen	58,6	58,8	52,0	62,8	62,8	63,0
Freie Waldorfschulen	55,9	-	55,9	61,1	-	61,1
Förderschulen	72,8	74,1	66,2	76,6	78,0	70,9
Abendhauptschulen	63,4	63,4	-	55,1	55,6	50,0
Abendrealschulen	47,3	53,2	40,6	49,5	61,7	41,8
Abendgymnasien	43,2	44,5	40,4	48,8	52,5	40,3
Kollegs	44,1	44,3	43,3	56,8	57,7	52,7
Berufsschulen	34,5	34,2	39,8	42,7	42,4	45,9
Berufsvorbereitungsjahr	38,9	38,3	48,9	46,9	47,0	46,1
Berufsgrundbildungsjahr	23,8	23,4	38,0	42,3	42,3	41,5
Berufsaufbauschulen	35,0	35,0	-	43,2	43,2	-
Berufsfachschulen	50,4	47,8	57,2	54,1	50,9	60,5
Fachoberschulen	36,6	35,9	46,9	47,0	46,1	53,6
Fachgymnasien	39,5	39,3	47,5	48,6	48,2	54,9
Kollegschulen	51,4	51,4	-	-	-	-

Schulformen	2000			2010		
	Insgesamt	Status		Insgesamt	Status	
		öffentliche	private		öffentliche	private
Berufsoberschulen/Technische Oberschulen	36,2	36,1	50,0	46,3	46,1	52,1
Fachschulen	46,6	38,6	55,6	49,6	45,2	55,0
Fachakademien/Berufsakademien	57,2	56,0	58,1	66,2	68,2	65,2
Zusammen	61,4	61,9	56,3	66,6	67,2	61,8

Quellen: Statistisches Bundesamt: Fachserie 11, Reihe 1 „Allgemeinbildende Schulen“,  
 Fachserie 11, Reihe 1.2 „Private Schulen“ und Fachserie 11, Reihe 2 „Berufliche Schulen“

## Anlage 16 (zu Frage 32)

Anteile der weiblichen und männlichen Beschäftigten<sup>1</sup> in Kindertagesstätten nach Bundesländern, 1998, 2006 und 2010

Bundesland	1998		2006		2010	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Schleswig-Holstein	4,5	95,5	5,2	94,8	5,9	94,1
Hamburg	7,8	92,2	8,0	92,0	10,0	90,0
Niedersachsen	3,1	96,9	3,4	96,6	4,3	95,7
Bremen	9,8	90,2	9,5	90,5	9,1	90,9
Nordrhein-Westfalen	2,8	97,2	3,8	96,2	3,0	97,0
Hessen	4,9	95,1	4,8	95,2	5,9	94,1
Rheinland-Pfalz	2,5	97,5	2,8	97,2	3,5	96,5
Baden-Württemberg	2,0	98,0	2,4	97,6	3,0	97,0
Bayern	1,8	98,2	1,9	98,1	2,5	97,5
Saarland	2,3	97,7	2,5	97,5	2,6	97,4
Berlin	4,0	96,0	6,4	93,6	5,5	94,5
Brandenburg	0,6	99,4	1,7	98,3	3,9	96,1
Mecklenburg-Vorpommern	0,6	99,4	1,4	98,6	2,3	97,7
Sachsen	0,4	99,6	1,7	98,3	3,4	96,6
Sachsen-Anhalt	0,6	99,4	1,1	98,9	1,9	98,1
Thüringen	0,5	99,5	1,0	99,0	1,9	98,1
Deutschland	2,6	97,4	3,2	96,8	3,7	96,3
West (ohne Berlin)	3,0	97,0	3,5	96,5	3,8	96,2
Ost (mit Berlin)	1,3	98,7	2,4	97,6	3,4	96,6

Quelle: Statistisches Bundesamt

<sup>1</sup> pädagogisches Personal, Leitungs- und Verwaltungspersonal, ohne hauswirtschaftliches und technisches Personal

## Anlage 17 (zu Frage 39)

## Positive und negative Einkünfte aus freiberuflicher und unternehmerischer Tätigkeit, nach Geschlecht und Bundesländern, 2007

Lohn- und Einkommensteuerstatistik 2007  
Steuerfälle mit **positiven** Einkünften aus freiberuflicher Tätigkeit nach Ländern

Land	Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit								
	männlich			weiblich			Zusammen		
	Anzahl	Arithm. Mittel	Median	Anzahl	Arithm. Mittel	Median	Anzahl	Arithm. Mittel	Median
Schleswig-Holstein	24.829	39.168	11.828	12.017	18.861	6.370	36.846	32.545	9.521
Hamburg	30.240	35.633	11.687	20.610	18.595	7.271	50.850	28.727	9.547
Niedersachsen	62.053	37.535	10.605	29.088	19.326	6.019	91.141	31.724	8.796
Bremen	6.459	33.329	10.000	4.071	16.929	5.437	10.530	26.989	7.874
Nordrhein-Westfalen	167.696	37.756	10.699	79.061	18.987	5.838	246.757	31.743	8.651
Hessen	69.594	37.628	12.177	33.364	19.134	6.691	102.958	31.635	9.853
Rheinland-Pfalz	35.139	39.413	11.264	13.582	20.231	5.804	48.721	34.065	9.206
Baden-Württemberg	107.613	41.919	12.697	50.225	20.286	6.000	157.838	35.035	9.850
Bayern	143.686	44.165	13.851	70.794	21.841	7.103	214.480	36.796	10.821
Saarland	7.715	43.657	13.573	2.992	22.052	7.387	10.707	37.620	11.086
Berlin	65.574	25.617	8.903	44.748	15.937	6.150	110.322	21.691	7.669
Brandenburg	17.289	31.455	9.730	8.837	28.828	8.349	26.126	30.566	9.232
Mecklenburg-Vorpommern	9.849	34.770	10.340	5.288	31.782	7.977	15.137	33.726	9.525
Sachsen	31.850	28.320	8.000	17.234	24.951	5.871	49.084	27.137	7.194
Sachsen-Anhalt	12.479	31.992	9.531	6.469	34.178	9.555	18.948	32.738	9.548
Thüringen	14.277	31.363	9.004	7.134	30.166	9.000	21.411	30.964	9.000
Bundesgebiet	806.342	37.749	11.172	405.514	20.440	6.426	1.211.856	31.957	9.166

Lohn- und Einkommensteuerstatistik 2007  
Steuerfälle mit **negativen** Einkünften aus freiberuflicher Tätigkeit nach Ländern

Land	Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit								
	männlich			weiblich			Zusammen		
	Anzahl	Arithm. Mittel	Median	Anzahl	Arithm. Mittel	Median	Anzahl	Arithm. Mittel	Median
Schleswig-Holstein	4.001	-3.794	-1.417	2.272	-2.915	-1.383	6.273	-3.475	-1.405
Hamburg	5.275	-4.114	-1.527	3.700	-2.933	-1.382	8.975	-3.627	-1.466
Niedersachsen	9.763	-3.903	-1.299	5.172	-2.865	-1.279	14.935	-3.544	-1.291
Bremen	968	-3.624	-1.311	631	-2.142	-1.109	1.599	-3.039	-1.220
Nordrhein-Westfalen	27.324	-4.008	-1.374	14.324	-2.840	-1.307	41.648	-3.606	-1.351
Hessen	13.213	-4.237	-1.440	6.801	-2.802	-1.399	20.014	-3.749	-1.428
Rheinland-Pfalz	5.748	-4.281	-1.345	2.717	-3.067	-1.358	8.465	-3.891	-1.353
Baden-Württemberg	19.467	-4.435	-1.486	10.793	-2.918	-1.343	30.260	-3.894	-1.433
Bayern	26.990	-4.476	-1.470	16.328	-3.080	-1.378	43.318	-3.950	-1.434
Saarland	1.223	-3.926	-1.400	562	-2.825	-1.239	1.785	-3.580	-1.358
Berlin	10.491	-4.145	-1.525	7.027	-2.757	-1.337	17.518	-3.588	-1.446
Brandenburg	3.080	-3.527	-1.460	1.489	-3.033	-1.394	4.569	-3.366	-1.431
Mecklenburg-Vorpommern	1.498	-3.461	-1.531	774	-2.866	-1.245	2.272	-3.258	-1.412
Sachsen	5.336	-3.101	-1.219	2.606	-2.633	-1.148	7.942	-2.947	-1.197
Sachsen-Anhalt	1.871	-3.035	-1.364	874	-2.473	-1.147	2.745	-2.856	-1.293
Thüringen	2.273	-3.321	-1.328	1.001	-2.602	-1.125	3.274	-3.101	-1.249
Bundesgebiet	138.521	-4.114	-1.423	77.071	-2.891	-1.333	215.592	-3.677	-1.389



**Lohn- und Einkommensteuerstatistik 2007**

Steuerfälle mit **positiven** Einkünften aus unternehmerischer Tätigkeit nach Ländern  
(Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, selbständige Tätigkeit ohne Freiberufler)

Land	Einkünfte aus unternehmerischer Tätigkeit								
	männlich			weiblich			Zusammen		
	Anzahl	Arithm. Mittel	Median	Anzahl	Arithm. Mittel	Median	Anzahl	Arithm. Mittel	Median
Schleswig-Holstein	119.942	43.512	15.000	36.007	22.263	5.600	155.949	38.606	12.000
Hamburg	66.642	60.854	12.497	27.808	34.362	5.000	94.450	53.055	9.927
Niedersachsen	317.255	38.452	12.253	89.876	23.313	5.630	407.131	35.110	10.186
Bremen	18.428	56.719	11.537	6.703	28.782	4.988	25.131	49.267	9.457
Nordrhein-Westfalen	638.302	44.634	13.500	185.382	27.581	6.129	823.684	40.796	11.280
Hessen	249.111	36.345	10.663	77.145	23.128	5.174	326.256	33.220	8.961
Rheinland-Pfalz	167.363	46.403	12.129	46.336	41.214	5.851	213.699	45.278	10.331
Baden-Württemberg	453.206	42.994	11.078	132.245	26.808	4.729	585.451	39.338	9.112
Bayern	653.184	37.308	10.178	211.042	23.911	4.807	864.226	34.037	8.474
Saarland	29.786	35.004	11.276	9.175	25.428	6.463	38.961	32.749	9.957
Berlin	113.731	31.180	10.000	46.963	20.471	5.000	160.694	28.050	8.454
Brandenburg	86.520	26.787	10.954	24.916	20.050	6.676	111.436	25.281	10.000
Mecklenburg-Vorpommern	51.067	26.912	11.902	14.289	20.203	7.142	65.356	25.445	10.750
Sachsen	144.411	23.230	10.540	42.920	17.080	5.663	187.331	21.821	9.470
Sachsen-Anhalt	66.951	24.790	11.133	19.101	18.897	6.500	86.052	23.482	10.000
Thüringen	76.812	22.835	10.363	20.491	16.955	5.551	97.303	21.597	9.334
Bundesgebiet	3.252.711	38.962	11.574	990.399	25.109	5.380	4.243.110	35.729	9.828

**Lohn- und Einkommensteuerstatistik 2007**

Steuerfälle mit **negativen** Einkünften aus unternehmerischer Tätigkeit nach Ländern  
(Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, selbständige Tätigkeit ohne Freiberufler)

Land	Einkünfte aus unternehmerischer Tätigkeit								
	männlich			weiblich			Zusammen		
	Anzahl	Arithm. Mittel	Median	Anzahl	Arithm. Mittel	Median	Anzahl	Arithm. Mittel	Median
Schleswig-Holstein	24.627	-10.454	-1.989	10.096	-5.849	-1.520	34.723	-9.115	-1.837
Hamburg	14.881	-18.693	-2.085	7.576	-8.173	-1.580	22.457	-15.144	-1.888
Niedersachsen	69.583	-9.993	-1.901	24.947	-7.164	-1.516	94.530	-9.247	-1.790
Bremen	4.179	-11.057	-1.697	1.793	-44.353	-1.539	5.972	-21.054	-1.644
Nordrhein-Westfalen	142.286	-10.629	-1.879	52.233	-7.221	-1.526	194.519	-9.714	-1.779
Hessen	67.753	-9.655	-1.916	24.928	-6.811	-1.534	92.681	-8.890	-1.803
Rheinland-Pfalz	41.405	-7.653	-1.802	14.400	-6.357	-1.525	55.805	-7.319	-1.730
Baden-Württemberg	124.922	-10.479	-1.791	45.227	-6.614	-1.388	170.149	-9.452	-1.670
Bayern	166.299	-10.919	-1.711	62.850	-8.781	-1.314	229.149	-10.333	-1.595
Saarland	8.311	-7.738	-1.941	2.666	-5.486	-1.813	10.977	-7.191	-1.911
Berlin	25.861	-9.936	-2.065	11.916	-6.997	-1.553	37.777	-9.009	-1.883
Brandenburg	20.295	-6.893	-2.008	7.521	-4.927	-1.499	27.816	-6.362	-1.850
Mecklenburg-Vorpommern	10.792	-7.959	-2.226	4.025	-6.950	-1.794	14.817	-7.685	-2.090
Sachsen	34.740	-6.487	-1.733	12.875	-4.630	-1.230	47.615	-5.985	-1.589
Sachsen-Anhalt	14.023	-6.567	-1.752	5.218	-4.801	-1.210	19.241	-6.088	-1.590
Thüringen	19.391	-6.297	-1.819	6.881	-4.510	-1.437	26.272	-5.829	-1.728
Bundesgebiet	789.348	-9.973	-1.839	295.152	-7.276	-1.444	1.084.500	-9.239	-1.724

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sonderauswertung der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 2007

## Anlage 18 (zu Frage 40 und 42)

Entwicklung des Medians der monatlichen Bruttoarbeitsentgelte von sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten<sup>1</sup> nach Bundesländern, 2000, 2005 und 2010

Bundesland		2000		
		Insgesamt	mit Angabe zum Entgelt	Median in €
Insgesamt	Insgesamt	22.175.990	21.094.160	2.367
	Männer	13.967.290	13.346.528	2.568
	Frauen	8.208.700	7.747.632	2.012
Schleswig-Holstein	Insgesamt	620.339	588.064	2.297
	Männer	390.264	370.962	2.481
	Frauen	230.075	217.102	1.941
Hamburg	Insgesamt	620.029	575.697	2.735
	Männer	384.215	357.723	2.991
	Frauen	235.814	217.974	2.392
Niedersachsen	Insgesamt	1.874.888	1.780.808	2.357
	Männer	1.228.331	1.171.766	2.544
	Frauen	646.557	609.042	1.921
Bremen	Insgesamt	224.842	215.266	2.588
	Männer	150.393	144.658	2.842
	Frauen	74.449	70.608	2.120
Nordrhein-Westfalen	Insgesamt	4.802.831	4.573.442	2.501
	Männer	3.141.928	3.005.668	2.688
	Frauen	1.660.903	1.567.774	2.099
Hessen	Insgesamt	1.761.474	1.674.421	2.610
	Männer	1.140.507	1.090.115	2.815
	Frauen	620.967	584.306	2.231
Rheinland-Pfalz	Insgesamt	924.826	881.623	2.389
	Männer	600.875	575.645	2.587
	Frauen	323.951	305.978	1.951

Bundesland		2000		
		Insgesamt	mit Angabe zum Entgelt	Median in €
Baden-Württemberg	Insgesamt	3.086.707	2.946.857	2.567
	Männer	1.994.893	1.916.900	2.845
	Frauen	1.091.814	1.029.957	2.078
Bayern	Insgesamt	3.482.407	3.337.023	2.430
	Männer	2.210.104	2.133.434	2.636
	Frauen	1.272.303	1.203.589	2.027
Saarland	Insgesamt	291.232	276.458	2.425
	Männer	195.166	186.341	2.619
	Frauen	96.066	90.117	1.921
Berlin	Insgesamt	890.527	833.109	2.342
	Männer	492.748	461.417	2.434
	Frauen	397.779	371.692	2.250
Brandenburg	Insgesamt	644.469	607.155	1.802
	Männer	369.952	347.663	1.812
	Frauen	274.517	259.492	1.783
Mecklenburg- Vorpommern	Insgesamt	451.223	428.651	1.738
	Männer	249.395	236.632	1.754
	Frauen	201.828	192.019	1.706
Sachsen	Insgesamt	1.191.691	1.132.004	1.752
	Männer	681.639	648.415	1.783
	Frauen	510.052	483.589	1.687
Sachsen-Anhalt	Insgesamt	663.288	630.473	1.784
	Männer	369.782	351.094	1.780
	Frauen	293.506	279.379	1.792
Thüringen	Insgesamt	645.217	613.109	1.706
	Männer	367.098	348.095	1.754
	Frauen	278.119	265.014	1.607

Bundesland		2005		
		Insgesamt	mit Angabe zum Entgelt	Median in €
Insgesamt	Insgesamt	20.078.540	19.288.246	2.558
	Männer	12.601.730	12.291.654	2.777
	Frauen	7.476.810	6.996.592	2.168
Schleswig-Holstein	Insgesamt	564.982	542.955	2.424
	Männer	351.857	343.875	2.608
	Frauen	213.125	199.080	2.050
Hamburg	Insgesamt	582.186	554.954	2.947
	Männer	358.967	347.283	3.253
	Frauen	223.219	207.671	2.558
Niedersachsen	Insgesamt	1.709.811	1.646.401	2.516
	Männer	1.119.099	1.094.854	2.726
	Frauen	590.712	551.547	2.016
Bremen	Insgesamt	204.279	196.556	2.809
	Männer	135.677	132.670	3.104
	Frauen	68.602	63.886	2.271
Nordrhein-Westfalen	Insgesamt	4.322.249	4.155.904	2.688
	Männer	2.807.622	2.739.677	2.886
	Frauen	1.514.627	1.416.227	2.267
Hessen	Insgesamt	1.610.354	1.546.025	2.822
	Männer	1.037.351	1.012.719	3.042
	Frauen	573.003	533.306	2.416
Rheinland-Pfalz	Insgesamt	854.164	822.131	2.562
	Männer	552.908	540.301	2.773
	Frauen	301.256	281.830	2.100
Baden-Württemberg	Insgesamt	2.899.941	2.775.039	2.787
	Männer	1.873.586	1.826.593	3.092
	Frauen	1.026.355	948.446	2.246
Bayern	Insgesamt	3.261.984	3.125.456	2.636
	Männer	2.070.803	2.020.511	2.868
	Frauen	1.191.181	1.104.945	2.182

Bundesland		2005		
		Insgesamt	mit Angabe zum Entgelt	Median in €
Saarland	Insgesamt	265.187	255.563	2.646
	Männer	176.272	172.049	2.881
	Frauen	88.915	83.514	2.095
Berlin	Insgesamt	764.263	732.449	2.462
	Männer	411.278	397.681	2.575
	Frauen	352.985	334.768	2.366
Brandenburg	Insgesamt	542.733	524.604	1.962
	Männer	305.759	297.022	1.967
	Frauen	236.974	227.582	1.954
Mecklenburg- Vorpommern	Insgesamt	369.562	356.956	1.874
	Männer	199.475	194.099	1.905
	Frauen	170.087	162.857	1.809
Sachsen	Insgesamt	1.017.466	980.416	1.876
	Männer	577.554	564.020	1.930
	Frauen	439.912	416.396	1.762
Sachsen-Anhalt	Insgesamt	560.414	543.378	1.914
	Männer	310.597	303.130	1.916
	Frauen	249.817	240.248	1.908
Thüringen	Insgesamt	548.965	529.459	1.844
	Männer	312.925	305.170	1.900
	Frauen	236.040	224.289	1.715

Bundesland		2010		
		Insgesamt	mit Angabe zum Entgelt	Median in €
Insgesamt	Insgesamt	20.849.886	20.498.959	2.702
	Männer	13.198.419	13.040.537	2.932
	Frauen	7.651.467	7.458.422	2.312

Bundesland		2010		
		Insgesamt	mit Angabe zum Entgelt	Median in €
Schleswig-Holstein	Insgesamt	584.888	574.983	2.517
	Männer	369.127	364.417	2.702
	Frauen	215.761	210.566	2.141
Hamburg	Insgesamt	634.463	619.820	3.095
	Männer	388.638	380.982	3.443
	Frauen	245.825	238.838	2.691
Niedersachsen	Insgesamt	1.796.084	1.764.361	2.619
	Männer	1.184.120	1.168.848	2.847
	Frauen	611.964	595.513	2.110
Bremen	Insgesamt	212.896	209.288	2.927
	Männer	141.336	139.389	3.268
	Frauen	71.560	69.899	2.380
Nordrhein-Westfalen	Insgesamt	4.438.860	4.365.861	2.839
	Männer	2.884.508	2.850.479	3.054
	Frauen	1.554.352	1.515.382	2.419
Hessen	Insgesamt	1.650.953	1.623.540	2.981
	Männer	1.065.846	1.053.734	3.218
	Frauen	585.107	569.806	2.572
Rheinland-Pfalz	Insgesamt	888.755	873.420	2.703
	Männer	576.289	569.335	2.924
	Frauen	312.466	304.085	2.256
Baden-Württemberg	Insgesamt	2.973.523	2.920.681	2.978
	Männer	1.934.846	1.914.342	3.309
	Frauen	1.038.677	1.006.339	2.420
Bayern	Insgesamt	3.427.757	3.371.025	2.823
	Männer	2.195.956	2.173.527	3.088
	Frauen	1.231.801	1.197.498	2.357
Saarland	Insgesamt	266.804	262.952	2.782
	Männer	175.725	173.820	3.043
	Frauen	91.079	89.132	2.245

Bundesland		2010		
		Insgesamt	mit Angabe zum Entgelt	Median in €
Berlin	Insgesamt	834.878	816.592	2.555
	Männer	454.583	445.670	2.644
	Frauen	380.295	370.922	2.474
Brandenburg	Insgesamt	566.441	556.433	2.015
	Männer	331.300	325.957	2.025
	Frauen	235.141	230.476	1.995
Mecklenburg- Vorpommern	Insgesamt	380.288	374.327	1.918
	Männer	211.237	208.204	1.958
	Frauen	169.051	166.123	1.836
Sachsen	Insgesamt	1.060.931	1.047.745	1.955
	Männer	622.835	616.900	2.008
	Frauen	438.096	430.845	1.844
Sachsen-Anhalt	Insgesamt	562.985	555.398	2.001
	Männer	326.466	322.623	2.018
	Frauen	236.519	232.775	1.962
Thüringen	Insgesamt	569.380	562.533	1.936
	Männer	335.607	332.310	2.000
	Frauen	233.773	230.223	1.794

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

<sup>1</sup> ohne Auszubildende

Stichtag: jeweils 31.12.

## Anlage 19 (zu Frage 49)

Beim Vergleich der Werte ist zu beachten, dass der Gesetzgeber 2002 eine und 2009 fünf neue Berufskrankheiten geschaffen hat. Die Daten der Unfallkassen sind in den Zahlen für 2000 und 2010 enthalten.

## Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit, 1990, 2000 und 2010

Jahr der Anzeige	männlich		weiblich		Gesamt
	Anteil in Prozent	Anzahl	Anzahl in Prozent	Anzahl	Anzahl
1990	69,2	34134	30,8	15224	49358
2000	74,0	55142	26,0	19347	74489
2010	71,3	50079	28,7	20149	70228
Gesamt	71,8	139355	28,2	54720	194075

## Anerkannte Berufskrankheiten mit Rente, 1990, 2000 und 2010

Jahr der Anzeige	männlich		weiblich		Gesamt
	Anteil in Prozent	Anzahl	Anzahl in Prozent	Anzahl	Anzahl
1990	87,3	3697	12,7	539	4236
2000	91,3	4706	8,7	447	5153
2010	94,1	5776	5,9	360	6136
Gesamt	91,3	14179	8,7	1346	15525

## Anerkannte Berufskrankheiten insgesamt , 1990, 2000 und 2010

Jahr der Anzeige	männlich		weiblich		Gesamt
	Anteil in Prozent	Anzahl	Anzahl in Prozent	Anzahl	Anzahl
1990	78,4	8141	21,6	2240	10381
2000	89,5	15279	10,5	1784	17063
2010	91,1	14083	8,9	1376	15459
Gesamt	87,4	37503	12,6	5400	42903



## Todesfälle Berufserkrankter, 1990, 2000 und 2010

Jahr der Anzeige	männlich		weiblich		Gesamt
	Anteil in Prozent	Anzahl	Anzahl in Prozent	Anzahl	Anzahl
1990	94,1	1361	5,9	85	1446
2000	97,5	2223	2,5	56	2279
2010	97,5	2442	2,5	63	2505
Gesamt	96,7	6026	3,3	204	6230

Quelle: Berufskrankheiten-Dokumentation der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung

## Anlage 20 (Frage Nummer 55)

Frauen: Teilnahme an gesetzlichen Früherkennungsuntersuchungen und an Beratungen zur Prävention des Darmkrebs, 2000 und 2010, in Prozent der anspruchsberechtigten Altersgruppe

Kassenärztliche Vereinigung (KV)	2000						
	KFU <sup>1</sup> (2000)	Check- up (2001)	Haut- krebs	Beratung Darm- krebs	FOBT <sup>2</sup> (2002)	Kolo- skopie	Mammo- graphie
KV Schleswig- Holstein	45,6	13,0			31,9		
KV Hamburg	57,0	18,2			26,0		
KV Bremen	60,0	24,2			46,6		
KV Niedersachsen	45,7	16,6			34,2		
KV Westfalen-Lippe	45,7	16,8			30,9		
KV Nordrhein	50,7	19,9			36,7		
KV Hessen	50,2	18,8			43,6		
KV Rheinland-Pfalz	44,3	15,4			29,4		
KV Baden- Württemberg	48,9	19,0			35,9		
KV Bayern	45,1	16,7			30,4		
KV Berlin	56,7	20,5			42,0		
KV Saarland	43,1	20,1			31,8		
KV Mecklenburg- Vorpommern	51,1	14,6			37,5		
KV Brandenburg	46,8	13,5			35,6		
KV Sachsen-Anhalt	45,8	14,9			29,7		
KV Thüringen	47,5	14,2			35,8		
KV Sachsen	51,0	15,2			37,6		
Alle jew. Anspruch- berechtigte	48,1	17,2			34,6		

Kassenärztliche Vereinigung (KV)	2010						
	KFU <sup>1</sup>	Check- up	Haut- krebs	Beratung Darm- krebs	FOBT <sup>2</sup> 2010	Kolo- skopie	Mammo- graphie (2009)
KV Schleswig- Holstein	46,2	22,3	16,9	10,7	14,7	1,6	44,3
KV Hamburg	55,5	29,8	17,0	20,8	17,0	2,6	45,9
KV Bremen	59,2	30,9	16,4	11,8	15,7	2,7	61,8
KV Niedersachsen	46,4	25,5	17,3	11,9	15,5	1,7	58,5
KV Westfalen-Lippe	46,4	26,2	18,5	11,0	15,8	1,3	*
KV Nordrhein	49,6	27,5	20,9	13,2	17,0	1,5	52,0
KV Hessen	48,5	25,7	13,5	12,3	17,7	1,0	53,1
KV Rheinland-Pfalz	44,1	22,5	13,1	10,7	14,6	1,6	49,7
KV Baden- Württemberg	49,4	21,8	16,2	10,7	17,7	1,6	48,7
KV Bayern	46,3	15,3	12,7	9,7	14,3	1,9	43,0
KV Berlin	54,9	30,6	14,7	19,5	19,1	2,2	49,6
KV Saarland	43,4	25,8	14,0	11,6	15,9	1,8	43,7
KV Mecklenburg- Vorpommern	47,1	22,3	11,4	7,9	18,8	1,5	61,5
KV Brandenburg	47,7	21,6	10,0	7,7	14,1	1,7	53,8
KV Sachsen-Anhalt	47,0	21,7	11,9	8,0	13,2	1,5	61,3
KV Thüringen	51,1	21,1	12,4	9,7	18,3	1,6	57,1
KV Sachsen	54,1	23,8	17,1	9,4	17,8	1,6	65,2
Alle jew. Anspruch- berechtigte	48,3	23,4	15,6	10,9	16,1	1,6	

Quelle: Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung, Berlin (2013)

<sup>1</sup> KFU: Krebs-Früherkennungsuntersuchungen

<sup>2</sup> FOBT: „fecal occult blood test“, Test zum Nachweis verborgenen Bluts im Stuhl

\* Zahlen für Nordrhein-Westfalen unter Nordrhein

